

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Übernommene Preis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Heft- und Versammlungsbeiträge kosten pro Seite 25 Pf. Geschäftsbücher werden nicht aufgenommen.



Berantwortung für die Redaktion: Thos. Wagner; Druck: H. Hartmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands; Sitz: in Bochum, Wiesenhäuserstrasse 88-92. Telefon-Numm.: 98 und 99. Telegramm-Adresse: Ulverband Bochum.

Das Bergmannselend.

Wie Wehrst schallt es,
Wie Klageshöhne,
Mit dumpfem Röheln
Clet aus den Grütten
Im Bauch der Erde. —

Wer klagt, wer ruft da
In solchen Lauten,
Verzweiflungsbangen,
Entsetzensvollen,
Aus Nacht und Oede. —
O sagt, wer ruft da? —

Voll Schaudern hört ich,
Der Lichtgewohnte,
Der Qualenstücke,
Am Sonnentage
Die düster Laute. —

Ich höre Wimmern,
Ich höre Flehen,
Vermischt mit Fluchen,
Mit wilden, grausen —
Und Hohngelächter,
Wie Spuk der Hölle.
Wie der Verdammten
Schmerhaft Gewünsel
Voll Wut und Ohnmacht.

Dazwischen dumples
Gepoch und hämmern,
Und Brechen, Fallen,
Und Drücken, Knallen,
Als ob Dämons
Im Werk geschäftig. —
Dann wieder Fluchen
Und Qualgestöhne,
Und gelbes Lachen. —

Wer ist der Rufer?
Ich frag' es wieder,
Im Erdengrunde,
Im dunkeln, düsteren,
Wer ist der Rufer? —

O gibt mir Kunde
Von dem, was unten,
So fern vom Tage,
Mit seinem Größen
Das Herz mir ängstigt.

Und endlich, endlich —
Aus Erdentiefen,
Aus Nachts und Nebeln,
Durch Felsenwände
Kommt die Antwort;
„Das Bergmannselend!“ —

Aus seinen Grütten,
Aus seinen Klüften
Zu dir am Tage,
B. R.

arbeit gute Früchte getragen und die Kameradschaft gelernt hat, einen aussichtslos gewordenen Kampf rechtzeitig abzubrechen, um noch mehr Kräfte für einen neuen zu sammeln.

Was hat es nach dem Streikabbruch 1905 für aufgeregte Versammlungen und Konferenzen gegeben! Ungeheure Mühe hat es damals gelöst, den Kameraden die Mächtigkeit des Streikabbruchs begreiflich zu machen. Heute aber haben schon Hunderte von Mitglieder- und öffentlichen Bergarbeiterversammlungen, Belegschaftsversammlungen und Bezirkskonferenzen stattgefunden und überall dasselbe Ergebnis! Überall vertrauensvolle Kundgebungen für die Verbandsleitung, weil sie vor dem Kampf in günstigster Konjunktur troh der Streikabbruchorganisatoren nicht zurückscheute. Wenn in einer solchen Zeit, wo keine ausländische Kohlenzufuhr zu befürchten war, in England, Belgien, Frankreich, Österreich, auch in den sächsischen und schlesischen Bergwerksbezirken die Kameraden auf dem Kampfplatz traten, wenn in einer solchen Zeit — so erklärten unsere Kameraden in allen Bezirken — die Bergleute geduldig auf das „Unternehmerwohlwollen“ gewartet hätten, dann sei die Bergarbeiterorganisation überhaupt überflüssig! Nun sei der günstigste Zeitpunkt für den doch unausbleiblichen Kampf für die Bergarbeiterrechte gewählt worden und daß sie jetzt nicht erobern würden, daß sie trügen die ultramontanen Streikabbruchorganisatoren die volle Schuld. Diese Schuldigen vor ihren schmählich betörten Nachlässen zu entlarven, das sei jetzt die Aufgabe aller Verbandskameraden.

Nicht ein Wort des Vorwurfs gegen die Verbandsleitung, keine der von 1905 her bekannten Verächtigungen der Streikleitung, sondern kameradschaftliches Gesöhnnis, nun erst recht fest zusammen zu stehen, nun erst recht allen feindlichen Gewalten zum Troh die sturmpropte Fahne des alten Verbandes hochzuhalten, zum Kampfe gegen schlechende Richtertracht und kapitalistische Macht zu rufen! Fürwahr, die Grünen des Schlachtfeldes sind um ihre schorn sicher geglaubte Freude betrogen. Noch nach seinem Kampfe herrschte zwischen Verbandsleitung, Verbandsleuten und Mitgliedschaften ein so erhebendes Vertrauensverhältnis, wie jetzt! Unsere Kameraden haben ja nun den infamen Feind der Bergarbeiterbefreiung am ruchlosen Werke der Streikabbruchorganisation geschen. Nun wissen unsere Kameraden, daß die Verbandsleitung, des Kampfes für die Bergarbeiterrechte willens, nicht „bremsit“, wenn der rechte Augenblick da ist.

Die verbrecherische Streikabbruchorganisation im Ruhrgebiet hat auch die Lohnbewegung in den anderen Bergwerksbezirken Deutschlands schwer geschädigt. Hätte der Ruhrbergmannstreik auch nur einige Wochen auf seiner Höhe durchgeholt werden können, dann war hier (was ja die Bechenpresse eingestellt) der Erfolg der Arbeiter sicher und auch die Kameraden in Schlesien und Mitteldeutschland kämpften mit vortrefflichen Aussichten. In Böhmen, wo diesmal sämliche Bergarbeiterorganisationen geschlossen vorgingen, haben sich die Kameraden dadurch eine Lohnnerhöhung bis zu 30 Heller pro Schicht erkämpft, obgleich dort die Kohlenborräte größer und die Bergarbeiterorganisationen viel schwächer sind wie die im Ruhrgebiet. Daraus erhellt, daß die ultramontanen Streikabbruchorganisatoren im Ruhrgebiet der gesamten Bergarbeiterfahrt Deutschlands einen schweren Schlag versetzt haben! Dafür trifft sie der Fluch der um den Erfolg ihres österreichischen Kampfes betrogenen Bergleute.

Von „Massenaustritten aus dem Verband“ haben die gewohnheitsmöglichen Lügner auch geschwadert. Und was müssen sie erleben? Abgesehen von solchen, die erfahrungsgemäß nach jedem Streik austreten, mag er ausgehen wie er will, und solchen, die befürchten müssten, wegen Unsolidarität ausgeschlossen zu werden, haben keine Mitglieder nach dem Streik dem Verband den Rücken gekehrt! Im Gegenteil, unsere Bezirksleiter und Ortsverwaltungen melden auch nach dem Streik immer noch Neuaufnahmen! In den Bahnhöfen herrscht eine ausgezeichnete Stimmung, von Niedergeschlagenheit ist bei den tapferen Kämpfern keine Rede. Unerhörbarliche Begeisterung für den bekanntlich schon längst totgesagten „alten Verband“ war die Signatur der zum größten Teil außerordentlich stark besuchten Versammlungen. Die Kameraden wissen, woran der Streik kaputt gemacht hat. Wenn aber die Streikabbruchorganisatoren ihre „christlichen“ Mitgliederlisten durchsehen, dann werden sie darin manche große Lücke entdecken. Wir haben Bahnhöfe, wo jede für sich allein Tausende Kameraden eintreten aus dem „christlichen“ Gewerksverein zu verzweihen hat! Die übergetretenen Kameraden lehnen es mit Recht ab, aus nur noch einen Befragig für die Organisation des Streikabbruchs zu zahlen. Mag also den Streikabbruchorganisatoren von der kapitalistischen Presse, von Klerikalen, ultra-skeptischen und „nationalen“ Organen, von Regierungsvertretern und selbst vom Reichsverbandsgeneral v. Liebert, dem bekannten Förderer der Selben, eine Vorbereitung nach der andern für „nationale Haltung“ zuteil werden, es sind doch betrügerische Betrüger, denen sogar die gelben Gewerksvereine erbärmliches Verhalten vorwerfen.

Den unermeßlich hohen Geizkram haben die Bergarbeiter doch aus diesem Streik eingebettet: Es ist nun volle Klarheit über das Kämpfesfeld geschaffen! Es wird den Streikabbruchorganisatoren nicht mehr wie früher ge-

lingen, die Kameradschaft durch gelegentliche, sichtbar radikal klängende Drohungen gegen die kapitalistischen Herrenmenschen über die Streikabbruchs- und Versumpfungstendenz der angeblich „christlichen“ Gewerksvereine hinwegzutäuschen. Die Betrüger haben sich entlarvt! Unsere Kameraden in allen Bergrevieren Deutschlands werden aber auch dafür sorgen, daß den Betrügern gründlich zu Gemüte geführt wird, wie sehr sie sich selber betrogen haben.

Den alten Verband wollten sie kaputt machen durch Streikabbruch und Auflösung der kapitalistischen Nachte. Die M.-Gladbacher glaubten, den alten Verband zerstören zu können, wie sie 1898 den Mechelschuhverein der Saarbergleute unter Zuhilfenahme des kapitalistischen Hochdrucks vernichteten. Über wir schreiben jetzt 1912! Die alten Verbandler sind auch nicht die Mechelschuhvereiner von 1898. Und wenn die Welt voll Teufel wär', dann wird der alte Verband der Teufelsbändiger sein!

Mugt die Zeit, Kameraden! Der Kampf hat Hunderttausende aufgerüttelt. Hunderttausende sind in den Kampf eingetreten. Viele Tausende bedrängen noch des Instokes, sich der bewährten Kampfesorganisation, dem Bergarbeiterverband, anzuschließen. Vorwärts darum, Freunde und Kampfsgenossen! Vorwärts zur Überwindung der schleichenden Niedertracht und der Sieg gehört uns! Glück auf!

Bergarbeiterstreiks „aus parteipolitischen Gründen“

Wie oft wird das frivole Manöver, umfangreiche Bergarbeiterstreiks als „parteilpolitische Machtproben“ zu benutzen, den Meinungsfälschern wohl noch gelingen? Den Bechenbüchern liegt natürlich alles daran, sich als die stets „wohlwollenden Arbeitgeber“, ihre Betriebe als „wahrhafte Musteranstalten“ der Kunst der öffentlichen Meinung zu empfehlen. Darum muß es ihnen erwünscht sein, durch die Denunziation „gewissenlose Parteiaagitatoren“ hätten den Streik „frivol“ angezettelt, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den eigentlichen Streikursachen, eben den schlechten Arbeitverhältnissen, abzulenken. So haben die Bechenvertreter stets operiert. Hierfür einige Beispiele aus der Bergarbeiterbewegung Deutschlands:

Am 1. Dezember 1869 legten über 6000 Bergleute in Riedershausen nach Ablehnung ihrer Lohn- und Schichtverkürzungsforderungen die Arbeit nieder. Damals hatten sich die Niederschlesier dem kurz vorher gegründeten Hirsch-Dunkerschen Gewerksverein der Bergleute angeschlossen. Da hess der geistige Leiter der fortgeschrittenen Politiker Dr. Max Hirsch war, erklärten die Bechenblätter, der Streik sei nur im Interesse der fortgeschrittenen Partei eingeleitet; wirtschaftliche Gründe lägen nicht vor.

Zum Juni 1872 traten fast sämtliche Belegschaften im Eßsen. Oberhausen er Revier zwecks Errichtung einer 25-prozentigen Lohnnerhöhung und der Schichtundensicht in den Streik ein; im Juli schlossen sich auch einige Belegschaften im Gelsenkirchener und Dortmunder Revier dem Streik an. Die Bechenbücher lehnten jedes Entgegenkommen ab, auch weil „Kontraktbruch“ vorliege! Am 28. Juli mußte der stark abgesetzte Streik ergebnislos abgebrochen werden. Um die Ausständigen ins Unrecht zu setzen, wurde von der zehnfreimäßigen Presse verbreitet, die Arbeit niedersetzung sei „von den ultra-nationalen und sozialdemokratischen Hexern“ verschuldet. Der Reichstagsabgeordnete des Bechenvereins, der nationalliberalen Politiker Herr Dr. Hammacher, schrieb über die Ursachen des Streiks:

„Auch die Jesuiten (!!!), die wie überall, so auch hier, einen bezügernden Einfluß auf die Massen ausüben, trugen nach allem, was über ihre Reden und Vorträge in weiteren Kreisen gebrungen ist, dazu bei, die Phantastie und den Kopf der Arbeiter mit den krankhaften Vorstellungen über die Zeitgeschichte anzurecken.“

Als die Jesuiten sollen 1872 den Essener Bergmannsstreik mindestens vorbereitet haben und Herr Dr. Hammacher kam zu dem Schluss, zum Niedergewingen der Jesuiten und dem ihr getreuen Teile der Klerikalen Presse „reicht nur ein langer Kulturstreit an!“ So wurde der damalige Bergarbeiterstreik zur „Pegründung“ eines „langen Kulturstreites“ ausgenutzt.

Der Ausbruch des Eisenstreiks von 1889 ist von der Bechenpresse direkt der „ultramontanen Presse“, vornehmlich der „Cremonia“ (Dortmund (Westfalen)), „Westf. Volkszeitung“ (Bochum (Westfalen)), „Gelsenkirchener Zeit.“ (Münster), „Essener Volkszeitung“ und „Rhein-Westf. Volksfreund“ (Düsseldorf) auf Kontrolle gelegt worden. Nach dem Streiktrieb der Geschäftsführer des Bechenvereins, Herr Dr. Natorv, über die Agitation der Bechen im Sparte innerhalb der Bergarbeiterfahrt:

„Was diese Partei und ihre Vertreterungen besonders gefährlich macht, das ist das Banner, unter dem sie zu kämpfen vorgibt. Mit heuchlerischer Miene umhüllt sie ihre wüsten Forderungen und Angriffe mit dem Mantel der Religion und redet es sich zum besonderen Verdienst an, daß sie es sei, welche es verhindert habe, daß in den Arbeiterkreisen des Bezirkes die Sozialdemokratie bis dahin nur wenig Boden gefunden habe! In denselben Kreisen vertritt sie Grundsätze, die sich von denen der Sozialdemokratie unterscheiden wie ein Eis vom anderen. Schlägt genug hüten sich ihre Organe wohl, das letzte Wort der sozialdemokratischen Lehren auszusprechen und von der Umwälzung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, von der Bildung sozialistischer Produktionsgenossenschaften oder ähnlichen Dingen zu reden. Aber wenn man im übrigen ihre Forderungen auf sozialen Gebieten sich näher ansieht oder die mäßige Sprache verfolgt, mit welcher sie die „ Bourgeoisie“, das „Kapital“, die Vertreter des Kapitals der Bevölkerung preisgegebenen bezeichnet sind, so fragt man sich mit Recht, wo denn die Grenze zwischen der Sozialdemokratie und diesem sogenannten „christlichen“ Sozialismus zu suchen sei.“

In gleicher Weise gingen auch die parlamentarischen Wortführer der Bechenbücher 1889 im Reichstag und im Bundestag gegen

die Zentrumspartei, am schwärfsten gegen Stöbel und Dassbach vor, beschuldigten sie ihren großen Einfluss auf die Arbeiter zur „Schürung des Klossenhauses“ mißbraucht zu haben.

Auch der 1888er Ausschluß der „Arbeitergemeinde“ wurde von den Bechenvertretern der „ultramontanen Wahlkreise“ vor allem dem Herrn Stöbel und Dassbach zur Last gelegt. Alles Protestieren half den Angriffsbildungen nichts. Die Bechenvertreter waren als die Unschuldigen gestellt, deshalb ließen sie die große Arbeitsbelastung der rheinisch-westfälischen Arbeiter als „parteipolitische Machtprobe“ denunzieren.

Beim Arbeitsschluß fand der Streit im Katholikus gegen „Vergangen“ am 13. Februar bei Denzeln statt. Der Streit wurde im Sommer 1898 für die Unterhaltung der arbeitsgebrachten katholischen Feiertage proklamiert und geleitet von dem Herrn August Brust, „Schüler“ und I. Vorsitzender des jungen ultramontanen Streikbruchgewerkschafts. Lediglich „christliche Bergleute“ standen im Streit und flugs blieb es in der kapitalistischen Presse, der Streit sei eine „ultramontane Machtprobe“, eine „ultramontane Kraftprobe“. Wie für die Erhaltung ihrer Feiertagsrechte kämpfenden Biesberger behauptet wurden, das hat Brust im „Bergknappen“ vom 15. Mai 1898 wie folgt geschildert:

„Man sehe alle Gebel in Bewegung, um die Arbeiter einzufüchtern und unzuverlässig zu machen; um sie zur Unterwerfung und zur Wideraufnahme der Arbeit zu bewegen. Da wird in den Kapital (I) bzw. dem Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttengewerbe blind ergebenen Presse berichtet, daß fremde Arbeiter angelommen oder noch unterwegs, um am Biesberg und auf der Höhe zu arbeiten. Auch wird versucht, den Ausstand als eine sogenannte westlich-ultramontane Wahlmaße zu bezeichnen (III). Schließlich werden die Arbeiter noch den Werkwohnungen getrieben, wobei ihnen nach ein Wachenlohn für den angeblich (III) begangenen Kontraktvertrag (III) einzuhalten wird.“

Also auch der Biesberger Streit wurde als „parteipolitische Macht“ denunziert, natürlich nur, um die schroff ablehnende Haltung der Gewerkschaften zu beschönigen. Und die Streitenden vertrieben das Kapital aus den Werkwohnungen, es wurden den Leuten auch sechs Schichten Lohn für den angeblich (III) begangenen Kontraktbruch abgehalten“, schreibt Brust im „Bergknappen“.

Wir konstatierten, daß der Biesberger Streit vom „christlichen Gewerkschaftsvorstand“ organisiert, von dem Gewerkschaftsvorstand Brust geleitet worden ist. Dieser Streit wurde aber nicht „mit vorschriftsmäßiger Kündigung“ begonnen, die Leute verloren deshalb sechs Schichten Lohn wegen Kontraktbruch. Aber der Gewerkschaftsvorstand hat den Arbeitern die „Kontraktbruchstrafe“ nicht ersetzt! Es mußte sogar der Klingelbentel geschwungen werden, damit die streitenden und gemahngestellten Biesberger eine kleine Notunterstützung erhielten. Ohne Streitgeld in der Gewerkschaftskasse, ohne gewerkschaftliche Schulung der Belegschaft, ließ der Gewerkschaftsvorstand die Biesberger die Broden hinwerfen! Und obgleich Hunderten die sechs Schichten Lohn einzuhalten waren, hat die Gewerkschaftskasse den Kameraden seinen Pfennig Kontraktbruchstrafe erlegt! Der Plütt wurde infolge des Streits sogar aufgelöst! Hunderte Kameraden sind in großer Not geraten. Viele verloren auch ihre Knappenhofsrechte! Der Gewerkschaftsvorstand den Schaden nicht erzeigt.

Anlässlich des Biesberger Streits wurden in der Bechener Presse in letzte Tagen in geschichteten, auch Mitteilungen über ein im Streitgebiet vorgekommene Dynamiatattentat verbreitet und der Gewerkschaftsvorstand für diese Gewalttaten wie auch für die schweren Schädigungen der Arbeiter verantwortlich gemacht. Darauf entgegnete Brust im „Bergknappen“ vom 15. Juni 1898:

„Wir wollen dem kapitalistischen Presßendagel (I) große Ehre anuen, wenn wir die ruppigen und negelhaften Angriffe beantworten wollen. Sie werden es über bei ihrer Seele jedenfalls noch so weit bringen, daß von den Streikbrechern und Feinden des Gewerkschaftsvorstands noch mehr Dynamit (III) zur Anwendung kommt, um den Gewerkschaftsvorstand und seine Freunde zu verhärtigen!“

Dieser selbe Mensch, der nicht ohne Grund die Gewalttaten und Attentate während des Biesberger Streits als Machenschaften von Gewerkschaften in den kennzeichnete, dieser selbe Brust hat nun im preußischen Landtag die tollsten Verleumdungsgerichten gegen die streitenden Ruhrbergleute vorgebracht und für lautere Wahlheiten ausgegeben! „Judas Iskariot“ schleudernde ihm dafür der Abg. Dr. Liebknecht in das crinende Berräteramt.

Der Generalsstreit der Ruhrbergleute 1905 war nach der Bekämpfung der Bechener Presse natürlich auch eine „sozialdemokratische Machtprobe“, obgleich sich alle Verbände an der Führung des Kampfes beteiligten. Als Herr Bergmeister Engel, Geschäftsführer des Bechenarbeitervereins, öffentlich die Behauptung aufstellte, für die „Streikheiter“ seien parteipolitische Gründe maßgebend gewesen, wurde dies in der Arbeiterpresse in einem Artikel bezeichnet: „Der Engel der Lüge“, schroff zurückgewiesen. Herr Engel fragte deshalb und erhielt dann vom Eisenacher Gericht beigelegt, daß er seine Behauptung ohne jede Beweismöglichkeit erhoben habe! So wie Herr Engel 1905 wird es allen den Personen ergehen, die genötigt sein werden, vor Gericht den Beweis für ihre Beleidigungen der Gewerkschaftsführer zu erbringen.

Da auch einige nationalpolnische Blätter sich nun verleidet lassen, die ultramontan-kapitalistischen Verdächtigungen gegen die Streikleiter zu verbreiten, empfiehlt es sich, an das Verhalten der oberkatholischen Zentrumspresse anläßlich des Streits auf der Donnersmarckgrube im Winter 1910/11 zu erinnern. In diesem Streit waren hauptsächlich Mitglieder der politischen Berufvereinigung unter Führung ihres Bezirksleiters Johann Körpus beteiligt. Warum wurde getreift? Darum antwortete der „Oberchristliche Kurier“ (Zentrumspolitik) am 12. Januar 1911:

„Seit er einen ganz anderen Stand, als den vorgehabten, die Erfüllung besserer Arbeitsbedingungen trüben soll, die ja doch nicht mehr zu erwarten sind, weil er Unzufriedenheit auf die Dauer stützt und dadurch Verdächtigungen für die kommenden Bahnen zum Streiktag (III) leiten soll. Darum ist nicht nur die Beleidigung der katholischen Bevölkerung erklärlich. Arbeiterschreiber Körpus von der „nationalen Berufvereinigung“ gehörte in einer Redaktion, die dem Begegnungsplatz Kiel zu gehörte, das der Streik schon längst gekommen wäre, wenn nicht die katholischen Gewerken gegen ihn gekämpft hätten. Er verließ keinen Einfluß zur Wiederaufnahme der Arbeit gelind gemacht.“

Der politische Streit auf der Donnersmarckgrube soll nicht verdeckt bleiben. Die Berufvereinigung plant seiner Streit auf dem Karnevalsumzug, der Herbstmarckgrube, der Florentinegrube, der Fabrikflaumgrube, der Höhenlochgrube und der Königshütte. Hier soll das Streikfeuer jedoch erst kurz vor den Bahnen aufblitzen.“

Siehe da, also auch der hauptsächlich von der Polnischen Berufvereinigung geführte Lohnstreit auf der Donnersmarckgrube war nach der freien Denunziation des Zentrumspolitik „ein politischer“! Körpus bestritt und widerlegte zwar diese Denunziation in einer Berichtigung an den „Kurier“, aber dieses Blatt blieb bei seiner früheren Behauptung, die Polen hätten gestreikt, um Stimmen für die Reichstagswahlen zu machen.

Das die ultramontane Presse alle ihr unbekannten Kollegen systematisch und häßlich denunziert, darüber können sich die Polen jetzt sicher aus der „vornehm“ polnischen

„Volkzeitung“ unterrichten. Während nationalpolnische Blätter auf den ultramontanen Beamten genippt sind und den Streit der Ruhrbergleute vorworf zu einer „sozialdemokratischen Machtprobe“ umfassen möchten, bringt das Hauptorgan des Zentrums die „österreichische Volkzeitung“ (Nummer vom 29. März 1912) einen offenkundigen Verleumdungsartikel, in welchem es heißt:

„Das Verhalten der Polnischen Berufvereinigung ist neben agitatorischen Plakaten aus der politischen Konstitution zu erklären. Die latente Opposition gegen die preußische Regierung treibt die zum Makkabäusel neigende aus dem Heimatoden losgerissene polonische Bevölkerung, sowohl in politischen wie wirtschaftlichen Kampfesjets auf die Aussekte hin.“ Die polnischen Bergarbeiterführer im Ruhrgebiet denken die gewerkschaftlichen Machtinstanzen als Waffe gegen den unliebsamen preußischen Staat, den man Schwierigkeiten wo eben möglich zu machen sucht.“

Danach hätten sich auch die polnischen Bergarbeiterführer nicht aus wirtschaftlichen Gründen für den Streit erklärt, sondern sie wollten dem „preußischen Staat“ mit dem Streit zu Reibe gehen. Das behauptet das Zentrumspolitik frech und verlogen! Damit liefert das Zentrumspolitik nur Wasjee auf die Wühlen der Polen, der „polnischen“ Soldaten, die nach völliger Ausrottung der polnischen Nation im Vorwärtslande schreien. Schlimmer wie das Zentrumspolitik gegen die Polen steht, tat es die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ nicht.

Wir sehen, noch stets haben die Bechenvertreter den bequemen Ausweg gefunden, die Bewegung der um bessere Arbeitsverhältnisse kämpfenden Bergleute als „parteipolitische Machtprobe“ verdächtigen zu lassen. Heute ist es nur insofern anders wie noch 1905, weil nun die ultramontane Presse und die „christlichen“ W.-Gladbach, um ihre gewerkschaftliche Vertretung zu verdecken, gewissenloser als es die Bechenpresse je getan, die freie Bergarbeiterbewegung als es den „Unterkurs des Befreiungsgesetzes“ bezeichneten und nach Gendarmen und Militär gegen streitende Bergleute schreien.

1872 mußte der angeblich durch die Jesuiten vorbereitete Lohnstreit der Ruhrbergleute „auch eine Begründung“ für den „Stützpunkt gegen die Rebellen“ abgeben. 1912 soll der angeblich „für Förderung der sozialdemokratischen Partei“ beginnende Ruhrbergmannsstreit noch dem Willen der „christlichen-nationalen“ Streikbruchorganisation und der großindustriellen Schafsmacher „auch eine Begründung“ für ein Arbeitervorhaben eingesetzt werden. Wer die Götter verderben wollen, der versucht es mit Ausnahmegesetzen!

Schutz den Arbeitswilligen.

Schutz den Arbeitswilligen! Das war die Parole, unter der man 6000 Polizisten und Gendarmen im Ruhrrevier zusammenzog, nach lang überlegtem Plane die Balaclava und Schwadronen in das Streitgebiet schickte.

Schutz den Arbeitswilligen! Das ist das Gesetz, mit dem die Scharfmacher aller Schattierungen fest ihr Verlangen umgeben, die letzte Waffe des Arbeiters, sein Streifrecht, ganz zu vernichten.

Schutz den Arbeitswilligen, — aber nur jenen, die ihren streitenden Kollegen in den Rücken fallen, jener Sorte von Aufarbeitern, die es für ihre Aufgabe halten, dem Kapitalprofit in der Stunde der Gefahr beizutragen.

Wie aber steht es mit jenen Arbeitswilligen, die ohne die Übersicht an die Wester der Produktionsmittel herantreten, um von ihnen die Möglichkeit zu erhalten, ihrer Sünde und ihres Kopfes Arbeit zuverdient zu können?

Wehrlos sind sie preisgegeben dem guten Willen des beobachtenden Machthabers; er läuft seinen Besitz nicht allein; vielleicht tat er gar nichts, ihn auch nur mitzuhelfen. Der aber, der da als Arbeitermann in seinen Diensten steht und bleibt möchte, der sich nicht, um von ihm Arbeit zu erbitten, — der hat vielleicht mit den Tausenden seiner Kollegen dazu beigetragen, daß sich aus der Differenz von Arbeitsertrag und Lohn der Mehrwert bilden konnte, aus dem der Arbeitgeber seine Produktionsmittel schuf und ausdehnte.

Nun aber paßt es dem mächtigen Herrn nicht mehr, den Mann zu beschäftigen. Er sagt — vielleicht denkt er es auch nur, es kommt auf dasselbe hinaus: Du bist mir jetzt zu alt und schwach. Ich brauche dich nicht mehr. Geh, sieh zu, wo du anders fortkommen! — Oder: Ich weiß, du gehörst zu denen, die „Unzufriedenheit“ sind, und die Kollegen „verhetzen“. Du kommst nicht bloß als gesügiges Werkzeug meiner Macht, du kommst mit Ansprüchen, sie zu beschränken. Ich danke für dich. Mach, daß du fortkommen!

Papierte nicht alle Tage? — Und nicht, weils an Arbeitsgelegenheit fehlte, — nein, aus anderen, in der Person des Arbeiters liegenden Gründen, wird so oft der Suchende abgewiesen, werden treue, langjährige Mitarbeiter auf die Straße gesetzt. Was nützt es, daß sie „arbeitswillig“ sind? Kommen sie nicht als Heizer des Kapitals, macht das Kapital bei ihnen keinen besonderen Profit, treiben sie gar im Verdachte, mit Spionage an das Kapital heranzutreten, — ach, da hat man gair nichts für sie übrig. Da ruft man keine Staatshilfe. Und wenn schon, so zu dem Zwecke, daß die titulierte Polizei die Kerle am Fragen nehmen und möglichst bald über die Grenze spiedieren möge.

Wir erleben ja, daß auch dazu der Staat seine hilfreichen Arme leist. In unseren Ohren klingt noch der Prozeß in Bochum, in dem die Zeugen, der Leiter der politischen Polizei in Essen und ein Führer des Bechenverbands, unter ihrem Eid bejahren, daß die Polizei dem Bechenverband die Bitten des Steigerverbandes beinhaltete. Und dann kam ein Bechengerichtiger und befundete, er habe daranhin die ihm bezeichneten Steiger bis auf einen sofort entlassen. Auf die Straße gesetzt in Rot und Gießel. Und wer dort fortgejagt ist, kommt nirgends sonst mehr unter. Und von dem einen, der dort gehen mußte, wissen wir, ihm blieb nichts anderes übrig, als den Staub seines Vaterlandes von den Füßen zu schütteln und nach Amerika auszuwandern.

Das war auch ein Arbeitswilliger, deinen sich die Polizei annahm! Oder hat sie ihn nicht letzten Endes über die Grenze gejagt? — Steht die Polizei nicht immer zu Diensten — nun, unsere Kapitalgewaltigen können es zur Tat auch ohne sie.

Zu Ende, Überausende stehen alljährlich abreits und kommen nicht in die Gruben, an die Maschinen, in die Werkstätten, wo die Produktionsmittel ihrer barren. Sie möchten ihre Kraft, ihr einziges Hab und Gut, verwerten — ach, wie gerne, denn Hunger tut weh, und Weib und Kinder hungern sehr, noch mehr! — blicken sie an zu einem Preise, der den „Marktpreis“ um nichts übersteigt. Und doch, sie werden nicht herangezogen an die Produktionsmittel. Sei es, weil sie dem organisierten Unternehmertum nicht passen, sei es, weil der Kapitalismus als solcher dank der ihm innenwohnenden Tendenzen seinen Bedarf an Arbeitskräften wieder einmal ganz gedeckt hat... Bis dach an die Stelle der kapitalistischen

sozialistische Produktion getreten ist, die jedem, der arbeitswillig und arbeitsfähig ist, seine Arbeitsstelle antweist, und nicht als Söldling eines Allianziers, der ihn im Interesse des Profits mißbraucht, sondern als Mitarbeiter der Produktionsmittel, die er mit den Tausenden seiner Kollegenibus und summi gebraucht, nur rationell die Güter zu schaffen, die ihm und den Seinen eine gesunde Ernährung und einen Anteil an der Kultur der Zeit zu jähren vermögen. S. N.

Plattenjustiz.

Schändend stehen wir unter dem Eindruck der Streikjustiz, die mit so ungebührter Schnelligkeit ihre Opfer im Ruhrrevier zur Strecke bringt. Einen Monat, — nein, zwei, drei Monate Gefängnis für ein in der Erregung ausgestoßenes Wort, das die „Ehre“ eines Arbeitwilligen kränkt. — jene Ehre, über die der Gendarmer und Tütel macht. Mit Entsetzen sehen wir, mit welcher Selbstverständlichkeit die Gerichte sich fühlen als Diener des kapitalistischen Systems. Wehe denen, die sich gegen diesen Prost zu erheben wagen! Wehe jenen, aber, die ihm in ihrer Stunde der Gefahr zu Hilfe eilen!

Der schlichte Mann hält die Faust gegen die Herren im Talar, die dort zu Gericht sitzen. Aber sind sie wirklich die Verdammenswerten? Atmen sie nicht die Luft einer Welt, in der noch immer der Grundstift gilt: Sachgut über Menschenrecht? Sobald sie nicht von jedem ihrer Lehren gehört, in jedem Gesetzbuch gefunden, daß Vergessen gegen das Eigentum am Geld und Gut mit Gefängnis und Bußgelds zu strafen sind, — indessen der Arbeitsherr, der seinen Arbeitnehmer gegen die Vorschriften des Gesetzes durch überlange Arbeitszeit ausnutzt, mit einer kleinen Geldbuße als genug getroffen gilt? Stimmen nicht oben drein sie an einer Schule, die kaum weiß, was es bedeutet, in förglichem Solde für andere schwere Arbeit leisten, — für andere? Sie sich dann am Ertrag fremder Arbeit wohl sein lassen? Aus jener Schule, die interessiert ist am Kapitalprojekt und darum prädestiniert, in ihm etwas Heiliges, Unantastbares zu sehen? Das sind ja keine „Kinder des Volkes“! Sie führen sich ja gar nicht hineinflöhren in all das, was so das Herz des Streitenden aufzunehmen traut, wenn er sieht, wie andere ihm in seinem gerechten Kampf in den Rücken fallen!

Denn dafür sorgt schon das kapitalistische System, daß nur die Söhne der „Oberklasse“ zu Richtern werden können. Klasse mit hohem Schulgeld; ein goldenes Stachelschwert, der die Kinder des Volkes an ihrem Befülltheit hindert. Universitäten mit teuren Kollegialdern, teurem Leben! Ritterndarzeit, Ritterjahre — mit wenig oder gar keinem Verdienst. Auch wer sich mit Hilfe gesetzter Wohltätigkeit, mit Stipendien und Unterstützungen, durchschlagen hat bis zur Hochzeit, — er schwindet ab, wenn die lange Wartezeit zwischen Universität und Ritter kommt.

Aber damit noch nicht genug! Achten Augen auf die politische Gestaltung des Arbeitsbewerbers? Wissen wir nicht von Aspiranten, die warten und warten müssen, da sie im Verdacht oppositioneller Gestaltung standen? Ist möglich, daß ein Sozialist oder Demokrat jemals Richter würde? In Preußen sicher nicht? Es müßte denn sein, daß einer seitige Gefüning tiefer, tief im Blut verberge.

So sorgt der Staat, der kapitalistische Staat, für die richtige Auswahl. Da darf man sich nicht wundern über die entsetzlichen Strafen, wie wir sie heute im Ruhrrevier erleben, — wundern muss man sich vielmehr über die Richter, die dem kapitalistischen Recht eine soziale Deutung geben, wie es hier und da einmal geschieht.

Die Gewerkschaften sollen beim Verkauf der Arbeitskräfte der Arbeitnehmer ihren Interessen gegenüber den Häusfern wahren. Das ist der Kern. Aber mit aller Deutlichkeit zeigen uns Urteile, wie die in Herne, Dortmund und Bochum, daß es nicht das einzige und letzte Ziel sein kann. Es muß gelingen, das kapitalistische System überhaupt zu besiegen. Zur doppelten Interesse der Arbeitnehmer: damit sie den vollen Ertrag ihrer Arbeit erhalten, ungeschmälert durch die Profitrate der Besitzenden. Und sodann, was hier ebenfalls hervorgeht: damit nicht die Institutionen des Kapitalismus ihnen in den Rücken fallen bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen.

Gegen das kapitalistische System sollt ihr die Faust ballen! Mein, besser noch: Nicht die Faust ballen, sondern rotlos arbeiten, um es zu stürzen. Die Urteilsprüche mögen nicht unisono gelycpt sein. Singt aus ihnen neue Kraft, neuen Mut zur Arbeit für die Organisation, die einen im Kampfe gegen die Unpracht des Kapitalismus führen will zu seiner Überwindung!

S. N.

„Christliche“ Streit.

Die ultramontanen Streikbruchführer und die hinter ihnen stehende Spektakelpresse werben den Dreibundsführer trotz Unfähigkeit vor, weil sie die Voraussetzungen zu einem erfolgreichen Kampf nicht genügend beachtet hätten. Die Organisationen seien zu schwach, die Zahl der Unorganisierten und die Kohlenvorräte zu groß gewesen. Auf Erfolg hätte unter diesen Umständen von vornherein nicht gerechnet werden können. All diese Einwände dienen jedoch nur als Heigenblatt, um die Schande der verbrecherischen Streikbrüder zu verdecken. Es erfordert darum notwendig, der Bechensklippe die Maske herunterzureißen und zu zeigen, wie „christliche“ Streit durchgeführt wurden.

Streit am Biesberg.

Im Frühjahr 1898 wurde den Arbeitern des Biesberger Kohlenwerkes durch Abschlag bekannt gegeben, daß sie für die Folge, bei Vermeidung von Strafe, an den bis dahin dort üblichen katholischen Feiertagen: 1. hl. drei Könige, 2. Maria Lichtmeier, 3. Maria Verkündigung, 4. Peter und Paul, 6. Allerheiligen, 7. Maria Empfängnis — arbeiten müssten. Hierzu hatte der Bischof von Osnabrück die Erlaubnis erteilt. Der „Bergknappe“ vom 1. April 1898 behauptete, diese Erlaubnis sei erfälscht worden.

Trotz der bischöflichen Erlaubnis fuhren am 25. März (Maria Verkündigung) etwa 500 Mann nicht an, was zur Folge hatte, daß etwa 300 Mann von der Werksverwaltung gefeuert wurden. Am 1. April 1898 wurde dann an die Generaldirektion des Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttengewerbe zu Osnabrück eine von 504 Arbeitern unterzeichnete Erklärung gesandt, worin sie sich mit den schon Bekündigten sozialistisch erklärten und ebenfalls die Bekündigung aussprachen. Alle Vermühlungen der Gewerkschaftsleitung, eine Verständigung herbeizuführen, scheiterten an der ablehnenden Haltung der Werkschwestern. Eine beim Handelsminister nachgesuchte Audienz wurde nicht bewilligt. Brust hatte seine Spazierfahrt nach Berlin umsonst gemacht. Über diesen Schwabenstreich berichtete der „Bergknappe“ vom 15. April 1898:

„Der Vorsteher Brust ist dann noch in derselben Nacht (9. April) nach Berlin gefahren, in der Hoffnung, daß die erbetene Audienz erteilt werde. Am Freitag nachmittag, als Brust schon in Berlin war, traf dann in Osnabrück die telegraphische Nachricht jenseits des Handelsministeriums ein: „Audienz kann nicht bewilligt werden.“

August Brust in Berlin, die ablehnende

— also aus religiösen Gründen — in den Streit getreten waren, wurden sie doch von der kapitalistischen Presse aufs schärfste belämpft. Dafür nur einige Beispiele:

„*Bergknappe*“ Nr. 8 vom 15. April 1898:

„Dass die kapitalistische Presse (*Astling-Zeitung* und „*Welt, Blg.*“, „*Essen*“) alles versucht, um die Arbeiter in ein schlechtes Licht zu stellen, ist leicht ersichtlich. In der diesen Preherzeugnissen eigenen schändlichen Weise werden die Arbeiter, der Gewerbeverein und dessen Vorsitzender Brust verdächtigt als Aufwiegler, Unruhestifter usw.“

„*Bergknappe*“ Nr. 12 vom 15. Juni 1898:

„Die ganze kapitalistische Presse hat von Anfang an, und so das auch jetzt noch wieder fort, versucht, die Schuld von der Direktion auf den Gewerbeverein und Brust abzuwälzen, aber mit wenig Erfolg. Das meiste leistet sich hierin die Essener Scholtenante, vulgo „*Hessische-Bayrische Zeitung*“. In einem Artikel über Schließung des Piesberges in Nr. 157, ebenfalls genannten Blattes, wird nochmals aller Art und Dreck zusammengefasst, um ihn gegen Brust zu schleudern. Das Blatt für „*Bildung und Wiss.*“ schreibt von „*systematischer Verbummungsmethode gewisser Leute*“, „*Brust möge es nicht wagen, hierher zu kommen, eine Lynchjustiz, sei ihm dann in den Ortschaften am Piesberg gewünscht*“ usw.

Wir würden dem kapitalistischen Preschanhänger zu viel Ehre erweisen, wenn wir die ruppigen und flegelhaften Ausfälle beantworten wollten. Sie werden es aber mit ihrer Heile jedenfalls noch so weit bringen, dass von den Streikbrechern und Feinden des Gewerbevereins noch mehr Dynamit zur Anwendung kommt, um den Gewerbeverein und seine Freunde zu verächtigen.“

Selbst das bei Bergarbeiterstreiks nun fast sibliche Dynamitattentat fehlte am Piesberg nicht. Der „*Bergknappe*“ berichtet darüber in der gleichen Nummer vom 15. Juni in derselben Spalte u. a.:

„Am 5. Juni abends ist nämlich im Ort Hagen im Quartier der nach dort gelegten Gendarmerie eine Dynamitpatrone auf die Fensterbank gelegt und zur Explosion gebracht worden. Wer dieses Attentat begangen hat, ist noch nicht ermittelt worden... Man hatte gleich wieder die Ausländer im Verdacht und hat auch sofort das geschäftsführende Ausschussmitglied unseres Vereins, Doerenkämper, als verdächtig inhaftiert.“

Das geschäftsführende Ausschussmitglied des Gewerbevereins wurde als verdächtig inhaftiert, der „*Bergknappe*“ aber beschuldigt die Streikbrecher und Feinde des Gewerbevereins, Dynamit angebracht zu haben, um den Gewerbeverein zu verdächtigen. Wenn wir nach der gleichen Methode verfahren wollten, würden wir sagen: Die Dynamitattentate, die diesmal in Aßeln vorgenommen sind, würden ausgeführt von Streikbrechern und Feinden des Dreibundes, um diesen zu verdächtigen. Das ist eine Folge der ultramontanen Streikbrüder. Wir wären zu einer solchen Annahme umso eher berechtigt, als sich ein Dynamitattentat gegen unseren Vertrauensmann Schäfer richtete.

Nicht nur Polizeimannschaften und Gendarmerie wurden aufgeboten, um den Streik am Piesberg niederzumachen, sondern auch sonst wurden dieselben Mittel angewandt, wie jetzt im Kuhgebiet. Wir lesen darüber im „*Bergknappen*“ (Nr. 10 vom 15. Mai 1898):

„Man setzt alle Hebel in Bewegung, um die Arbeiter einzuschließen und mittlos zu machen, um sie zur Unterwerfung und Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Da wird in der dem Kapital bezw. dem Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttentechnik ergebenen Presse berichtet, es seien fremde Arbeiter angekommen oder unterwegs, um am Piesberg und der Hütte zu arbeiten. Auch wird versucht, den Ausland als eine sogenannte welfisch-ultramontane Wahlmache zu bezeichnen. Schließlich werden die Arbeiter noch aus den Werkwohnungen getrieben, wobei ihnen noch ein Wochenlohn für den angeblich begangenen Kontraktbruch entbehrt wird... Es würde zu weit führen und der Raum unserer Zeitung nicht ausreichen, wollten wir alle Drangsalierungen und Gegebenheiten hier einzeln darlegen oder auch nur registrieren.“

Genau sind das dieselben Mittel, die auch jetzt gegen die streikenden Ruhrbergarbeiter angewandt wurden, nur dass diesmal die Heile von den ultramontanen Presse und den Streikbrüder ausging. Auch den Arbeitern am Piesberg wurde ein Wochenlohn wegen Kontraktbruch abgehalten, sie wurden sogar aus den Werkwohnungen getrieben. Der Streik wurde als ultramontane Wahlmache bezeichnet. In der Tat, die Geschichte wiederholt sich; um so schändlicher ist darum aber die Haltung der ultramontanen Streikbrüderleitung.

Die gewerkschaftlichen Voraussetzungen zur Führung eines Streiks bestanden aber am Piesberg überhaupt nicht. Fast sämtlichen Streikenden waren erst während des Streiks dem Gewerbeverein beigetreten, der laut Bericht des „*Bergknappen*“ am 17. April 1898 nur einen Haushalt von 12.518,08 M. hatte. Unter diesen Umständen war doch an einen Erfolg des Streiks von vornherein nicht zu denken. Wenn diesmal die Streikproklamation eine „ungewerkschaftliche“ gewesen sein soll, dann war die Streikproklamation 1898 durch Herrn Brust und 1903 durch Herrn Eßert ein Verbrechen.

Streit auf der Burbacher Hütte.

1906 brach auf der Burbacher Hütte in Saarabien ein Streik aus, der vom „christlichen“ Metallarbeiterverband beschlossen und geleitet wurde. Herr Wernerus, Beamter des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes, führte in der beschließenden Versammlung aus:

„Herrgen, wie stehen nun dieser vollendeten Tatsache, von der auch ich überzeugt wurde, gegenüber. Heute bleibt uns nur die Wahl, entweder ziehe in das alte doch hineinzutrichen oder im Kampfe um unser gutes Recht auszuhalten bis zum letzten Augenblick, möge es biegen oder brechen!“

Und Herr H. J. S. C., der bekanntlich mit 35 Millionen Mark Streikkapital die deutsche Industrie auf 20 Jahre hinaus ruinierte, sekundierte Herrn Wernerus. Er billigte die Handlungsweise der Hüttarbeiter, also den vorgenommenen Kontrakt- und Disziplinbruch — was festzuhalten heute wegen der Haltung der ultramontanen Streikbrüdergewerbevereinsleitung bei dem Streik nötig ist — und rief aus:

„Neben auf einmal aufgetreten, als langsam zu Ende geklappt!“

Die Hüttarbeiter waren inzwischen hingegangen und waren dem Hüttendirektor Baumann die Fenster ein!

Und das Zentrumsorgan „*Die Saarpost*“ entschuldigte dieses Vorgehen der Hüttarbeiter wie folgt:

„Lag denn die Verhöhung nicht in der grundlosen Entlassung von 60 braven Arbeitern? Und hat etwa Herr Arbeiterscretär Wernerus diese 60 Leute auf die Straße gesetzt? Nein, wenn die Steine, die da geschleudert wurden, von den Gewahrsamregeln herführen, so waren sie ihnen von der Hütte in die Hand gerückt! Es waren die Steine, die man ihnen statt des Brotes geboten hat!“

Die Hütte suchte die öffentliche Meinung für sich zu erlangen und wies auf die Wohlfahrtsanstaltungen hin. Darauf antwortete die „*Saarpost*“:

„Doch wenn kein Gesicht dafür, wie unglaublich lächerlich es macht, wenn man dem Arbeiter zumutet, als Entschädigung für Wohlfahrt sehr fraglicher Art, die man als Brotkasten neben der Brust reicht, auf gesetzlich verbürgte Rechte zu verzichten, von denen die Arbeitgeber selbst den ausgiebigsten Gebrauch machen. Wenn der Arbeiter dasselbe tut, oder tun will, so nennt man das plötzlichen Bruch mit der Hüttenleitung!“

Als gewisse Organe bezweifelten, dass der „christliche“ Metallarbeiterverband Geld genug zum Streiken habe, führte man aus, dass nicht nur der Metallarbeiterverband 210.000 M. besaß, auch der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter habe noch 750.000 M., mit denen er einspringen könnte, um eben auf die ganze Burbacher Hütte in Grund und Boden zu streiken!!!

Nach zehntägigem Streik gestand die Streikleitung der Hütte zu, mit dem Streik vorzeitig gehandelt zu haben, und der Kampf wurde aufgehoben! Die Folgen waren sehr traurige. Im übrigen hat man auch die Lessentlichkeit über die Massenverhältnisse getäuscht!

Streit in Saaralben.

1906 brach auf den Solvaywerken in Saaralben (Lothringen) ein Bergarbeiterstreik aus, der vom ultramontanen Streikbrüderverein geführt und unterstützt wurde, aber nach fünfwöchiger Dauer mit einer völligen Niederlage endete. Ein großer Teil der Arbeiter des Werkes war Streikbrecher geworden, außerdem wurden Streikbrecher aus der Umgebung in besonderen Gütern des Eisenbahnhafens herbeigeschafft. Deswegen entstand auch eine große Erbitterung unter den Streikenden; am Montag, den 3. September, nach vierwochentlichem Streik, verperrten die streikenden christlichen Gewerbevereinler den Arbeitswilligen den Weg zur Fabrik, auch Beamte wurden nicht durchgelassen. Mittags wurden die Essenträger angehalten, keiner durfte in die Fabrik. Als wegen Bedrohung ein christlicher Streikender verhaftet und in das Gemeindehaus eingesperrt wurde, zogen die Streikenden vor das Gemeindehaus und bombardierten es mit Steinen!

Der Kreisdirektor erschien mit Gendarmen, war aber geblüht, den Verhafteten freizulassen. Sämtliche Wirtschaften wurden abends 6 Uhr geschlossen. Das gab wieder Anlass zu einem Aufstand. Abends sammelten sich 1000 Mann an der Kanalbrücke an. Es kam zu schweren Schlägereien, wobei die Gendarmen die Säbel zogen und einhieben. Der Bezirksleiter des ultramontanen Streikbrüdergewerbevereins, Burchard, hatte jeden Einfluss auf die aufgeregte Menge verloren.

Zu Nr. 27 des „*Bergknappen*“ vom Jahre 1906 wird über die Saaralben berichtet. Die preußische Regierung wurde wegen Stellung des Arbeitswilligen hart angegriffen und ihr Vorspielgelung falscher Tatsachen vorgeworfen, weil der Fiskus den fremden Streikbrechern nicht Kenntnis von dem Streik gegeben hatte. Damit heißt es im „*Bergknappen*“ weiter:

„Vier Wochen hatten die Flüchtlinge ratlos zugesehen, wie ministerielle Sicherheit zum Nutzen des Unternehmers und zum Hungern der streikenden Arbeiter ausgeschüttet wurde, da machten sie den Versuch, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Direktion erklärte jedoch, sie seien keine streikenden Arbeiter, alle diese seien entlassen. War bis dahin alles ziemlich ruhig verlaufen, so konnte jeder Kenner des lothringischen Volkscharfers voraussehen, was jetzt kommen würde. Die Leute, meist Eingesessene der Gegend, hielten wochenlang ruhig zugesehen, wie fremde Leute zu erhöhten Preisen mit Hilfe des Eisenbahnhafens ihnen ihre Arbeitsstellen besetzten, ihnen, Frau und Kindern schließlich das Brot nehmen und sie von der heimatlichen Scholle verbringen würden. Dazu noch die offene Absage des Direktors, wieder eingestellt zu werden. Der Groß entlud sich gegen die Verwaltung und die Arbeitswilligen. Es kam zu Exzessen, die Arbeitswilligen wurden mit Gewalt zurückgehalten. Wir billigen die Vorkommnisse durchaus nicht, können sie aber verstehen, dass sich die Arbeiterfrauen am meisten an der Sache beteiligten, da sie für die heimatliche Scholle und das Brot für ihre Kinder eintraten, was ihnen durch den Verlust der Arbeit ihrer Männer in Aussicht gestellt wurde; und dass die Direktion in der Lage war, dieses so offen anzukündigen, verband sie in erster Linie der offenen Vertretung der Eisenbahnhverwaltung. Doch alles noch verhältnismäßig gut abgelaufen ist, dafür braucht sich bei dem Minister sicher niemand zu bedanken. Dieses werden wir allen stets entgegenhalten, welche diesen Arbeitern ihr ungeschickliches Vorgehen als ein Verbrechen vorhalten möchten. Aber auch diejenigen Arbeitswilligen trifft eine schwere Misshandlung, welche ihr Wort durch Namensunterschrift verpfändeten, sie wollten mit ihren Arbeitseidern für bessere Bedingungen kämpfen, jedoch an anderen Morgen ihr geschriebenes Schwurwort gebrochen haben und zur Arbeit gingen. Hätten diese 150 Mann ihr gegebenes Versprechen gehalten, so wäre der Streik längst beendet gewesen.“

Hätten sie aber auch vorher nicht für den Streik gestimmt, so wäre dies ebenfalls nicht ausgebrochen. Von einer schweren Schuld sind deshalb auch sie nicht freizusprechen. Zum Glück befandet die Herren Kreisdirektoren mehr soziales Verständnis, als es sonst in Lothringen durchweg zu finden ist, wofür ihnen auch an dieser Stelle die Anerkennung ausgesprochen werden soll.“

Streit in Würselen.

1906 kam es bei dem „christlichen“ Streik bei der Firma Sonnemann in Würselen beim Absangen von Streikbrechern zu erregten Ausschreitungen. Der ultramontane Nachener Volksfreund berichtete am 26. Juli 1906 über den Streik:

„Die Bewegung bei der Firma Sonnemann wächst von einem wirtschaftlichen Kampfe mehr und mehr zu einem erbitterten Klassenkampfe aus. In steigendem Maße tritt an die Stelle für wirtschaftlichen Fortschritt Erbitterung, und das nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern in weiten Schichten der Bürgerschaft. Erst die schroffe Haltung von Seiten der Firma gegenüber der Arbeiterschaft, indem man dieselbe nicht einer Antwort würdigte, obwohl alle Schreiben an die Firma in einem ausgeprägten höflichen Tone gehalten waren. Dann kam das Gendarmerieaufgebot, das der ganzen Bewegung künftlich den Charakter einer halben Revolution aufdrückte, und das er mit Recht die Leute auf die Straße zog. Dann kam das „überzeichnete“ Auftreten einzelner dieser Herren Gendarmen. Einer sah den Vorhenden des dreitägigen Metallarbeiterverbandes, Schümmer, an die Brust, als er in Herzogenrath zu den angekommenen Holländern sprechen wollte. Andere ritten zweimal ins Volk, als dies sich um die am Montag eintreffenden Städter drängte. Wieder andere verboten den Streikpunkten, mit den neu-eintreffenden Leuten zu sprechen, nahmen sich selbst dagegen die Freiheit, die Autonomen zur Arbeit bei Sonnemann aufzufordern. Es wäre angebracht, das von zuständiger Seite diese Leute daran erinnert würden, dass sie königlich preußische Beamte sind, die für die äußere Ordnung zu sorgen haben, nicht aber Angehörige der Firma Sonnemann. Die vergangene Nacht wurde dann der Arbeitstag als Waffe in diesem wirtschaftlichen Kampfe in Gebrauch gebracht, aber kein Arbeiter war es, der fünfmal geschossen, sondern Bauernunternehmer Lürk, der treue Bundesgenosse Sonnemanns. Es scheint, dass Herr Sonnemann nicht eher Frieden schließen will, als bis seine alten Arbeiter vor seine neuerrichteten Villen hinausgetragen werden. Die Kugel misst in der Brust, die Sterne breit gespannt.“

Die Erregung in der Bürgerlichkeit ist gewaltig. Neben der Arbeiterschaft, wie auch schon in Versammlungen geäußert wurde, nicht so sehr Herr Sonnemann als die Seile dieses jüdischen Herrenstandpunktes, sondern Herr Böven, der bei Beginn der Bewegung telegraphisch von einer Vergnügungsreihe herbeigerufen wurde. Dies verdient um so mehr hervorgehoben zu werden, als Herr Böven, Professor der Firma Sonnemann, zu Beginn dieses Jahres selber von Herrn Sonnemann 5000 M. jährlich zugesetzt erhalten hat. Diese 5000 Mark jährlich mehr sind dem Mannen ja von Herzen zu wünschen, jedoch hätte man daraus erwarten sollen, dass dieser Herr den Wünschen der Arbeiter auf Besserung ihrer Lage sehr nicht so froh sich in den Weg gestellt hätte.“

Aus diesen tumultuarischen Szenen ist später ein Bandfriedensbruchprozeß entstanden, wo Schümmer, wie eine Unzahl Männer und Frauen, zum Teil mit schweren Strafen belegt wurden.

Streit in Badisch-Rheinfelden.

1909 im Sommer brach auf den Aluminium- und Karbidfabriken in Badisch-Rheinfelden ein Streik aus, der vom „christlichen“ Metallarbeiterverband bzw. seinem Sekretär, dem bekannten Engel, eingeleitet und geführt wurde. Altenmäßig steht nun fest, dass Engel zu den zweitbesten Mitteln griff, Versprechungen machte, die nicht gehalten wurden, um den Streik zu entfachen. Eine „christliche“ Kraftprobe sollte ins Werk gesetzt werden. Im Laufe des Streiks verbreitete sich Herr Engel so, dass ihm Augenzeugen das Unwidrigkeit seiner Handlungswweise vorhalten mussten. Die badische Fabrikinvasion hat später die Verhandlungen mit Engel abgebrochen, weil es dem „christlichen“ Mann an innerer Wahrhaftigkeit mangelt, und es fehlt nicht viel, und er hätte sich in dem Prozess, der infolge des unten beschriebenen Kratwells entstand, schwere Strafen gar als Zeuge geholt. In diesem Waldshuter Landfriedensbruchprozess führte der Staatsanwalt u. a. aus:

„... Ich bin auf Grund amtlichen Materials in der Lage, nachzuweisen, dass Engel eine völlig zweideutige, unzuverlässige und illegitime Natur ist... Es gab für Engel nur zwei Wege, entweder sein eigenes Eigengewerbe zu erreichen, oder wenn er es aufrecht erhält, von mir von der Belegschaft hinweg wegen Meineid verhasset zu werden.“

Dieser Mensch war „christlicher“ Streiführer in Badisch-Rheinfelden. Der Karwall, aus dem der große Landfriedensbruchprozess entstand, war in erster Linie durch die Einschleppung fremder Streikbrecher und die Haltung der Unternehmer entstanden. Wie groß die Erbitterung der Streikenden war, geht daraus hervor, dass auf die Kantine und den Konsumladen ein Steinbombardement eröffnet wurde. Keine Konsumabteilung blieb ganz, die Kreuzstücke wurden mit schweren Steinen gleichfalls zertrümmert. Im ersten Stock des Konsumgebäudes wohnt ein Fabrikbeamter mit Frau und drei Kindern. Auch hier wurde alles kurz und klein geschlagen. Bilder und Spiegel und andere Objekte liegen zertrümmert am Boden zwischen den eingeschlagenen Steinen. Ein Schmied sieht es aber in den abseits der Fabrik gelegenen Wohnungen der Fabrikarbeiter aus. Es ist kaum zu beschreiben, wie hier die Verstümmelung, was gehäuft, Türen, Türen, Bild und Hausrat liegen zertrümmert da in willem Chaos durcheinander, vermengt mit den eingerissenen Pfastersteinen. Wie groß die Wut der Angreifer, niemand weiß, erhebt daraus, dass selbst große Karbidküchen und zweirädrige Handkarren durch die Pariserfenster hingeworfen wurden.“

In einem Bericht der „Frankfurter Volksstimme“ heißt es über den Karwall:

„Die Gendarmerie war zu schwach, um den Aufruhr abzuhalten. Sofort wurde auf die Kantine und den dazu gehörigen Konsumladen ein Steinbombardement eröffnet. In der Kantine und dem Laden ist keine Fensterscheibe mehr ganz, die Kreuzstücke sind zertrümmert durch mannskopfgröße Steine. Ebenso zerstört sieht es im ersten Stock des Gebäudes aus. Hier wohnt ein Fabrikbeamter mit Frau und drei Kindern. Auch hier wurde alles kurz und klein geschlagen. Bilder und Spiegel und andere Objekte liegen zertrümmert am Boden zwischen den eingeschlagenen Steinen. Ein Schmied sieht es aber in den abseits der Fabrik gelegenen Wohnungen der Fabrikarbeiter aus. Es ist kaum zu beschreiben, wie hier die Verstümmelung, was gehäuft, Türen, Türen, Bild und Hausrat liegen zertrümmert da in willem Chaos durcheinander, vermengt mit den eingerissenen Pfastersteinen. Wie groß die Wut der Angreifer, niemand weiß, erhebt daraus, dass selbst große Karbidküchen und zweirädrige Handkarren durch die Pariserfenster hingeworfen wurden.“

Einer Unzahl Männer, auch Frauen, wurde der Landfriedensbruchprozess gemacht. Es erhielten ein Angeklagter 14 Monate, ein anderer 13, wieder ein anderer 9 Monate Gefängnis, vier Personen 5, acht Personen 4 und zwei Personen 3 Monate Gefängnis, die übrigen Angeklagten weniger. Herr Engel war nicht angeklagt, er war nur als Zeuge geladen. Er ging frei an Gefängnisstrafe aus, aber er war der moralisch Gerichtete.

Streit in Menden in Westfalen.

1911 im Sommer streikten die christlichen Metallarbeiter des Neuwalzwerks in Böverde bei Menden. Der Kampf dauerte viele Wochen. Anfänglich waren nur wenige „Arbeitswillige“ vorhanden, die von den christlichen Streikenden mit der gebührenden „Furcht“ empfangen wurden. Man erlebte das Schauspiel, dass eines guten Tages ein „Arbeitswilliger“ von sechs Gendarmen in einem nach Haus geführte wurde. Streiken wurden abgesperrt und furcht wurde das Publikum behauptet. Am Freitag, den 7. September 1911, kam es zu Zusammenstößen mit den Gendarmen. Hierüber berichtete das fröhliche „Märkische Volksblatt“:

„Was das ein Schauspiel am heutigen Abend! Die Bahnhofstraße besteht mit einer dicht gedrängten Volksmenge, inmitten hoch zu Ross drei Gendarmen, die die Menge auseinandertrieben. Auch auf dem Markt und Kirchplatz bot sich dasselbe Bild. Mit dem 7. Uhr-Zuge kamen dann noch weitere acht Gendarmen an und nun ging die Geschichte los. Überall, wo ein Trupp Neugieriger stehen blieb, stürzte gleich ein Bewaffneter darauf los und trieb sie auseinander. Noch war keine halbe Stunde vergangen, waren schon verschiedene Verhaftungen erfolgt. Leider ist es nicht ohne Blutvergießen abgegangen. An der Haustür des Friseurs Böttner hatte sich ein größerer Trupp angehäuft. Auch hier erfolgte gleich die bekannte Wafforderung. Kaum war diese geschossen, sausten schon die blanken Waffen auf die Köpfe nieder, wobei ein hiesiger Geschäftsmann so erbärmlich verletzt wurde, dass er sich in ärztliche Behandlung begeben musste. Ferner wurde ein Kind überritten und musste ins Krankenhaus gebracht werden.“

So also häuften die Gendarmen gegen „fröhliche, christliche“ Arbeiter und Bürger, die sich bisher stets entzweit hatten, über den angeblichen

Internationale Mündschau.

Der Streit in Böhmen.

Für das nordwestböhmische Revier haben am 2. April Verhandlungen zwischen dem Streikkomitee und dem Sektionschef Homann vom Ministerium für öffentliche Arbeiten stattgefunden. Tags vorher hatte der Regierungsvorsteher mit den Unternehmern in Aussig verhandelt; das Ergebnis dieser Verhandlung waren nachstehende Zugeständnisse an die Arbeiter:

10 bis 80 Heller Lohnzähnung, verschieden nach den einzelnen Schächten; Arbeiter, die zwei Jahre auf einem Schacht arbeiten, wird die monatliche Alterszulage von 4 Kronen auf 6 Kronen erhöht. Bei fünfjähriger Anfangszeit erhöht sich die Alterszulage von 8 auf 6 Kronen und bei zehnjähriger Arbeit von 8 auf 10 Kronen. Lebhafte Arbeiter erhalten diese Zulage bisher nicht, wen nun ab jedoch die Hälfte bei gleichen Abfertigungen der Anfangszeit. Der Regierungsvorsteher versprach, daß die übrigen Forderungen in der Enquête berücksichtigt werden sollen, die der Reichstag vor kurzem beschloß.

Auch diesen Mitteilungen des Regierungsvorsteheres befreit das Streikkomitee, den Streikenden den Abbruch des Kampfes zu empfehlen. Das ist inzwischen geschehen. Am 3. April fanden im nordwestböhmischen Revier eine Zahl Streikversammlungen statt, die den Abbruch des Streiks unter Annahme nachstehender Resolution beschlossen haben:

In der Enquêtekonferenz, die am 2. April seitens des Streikkomitees der verbündeten Organisationen einerseits und dem Sektionschef Homann vom Ministerium für öffentliche Arbeiten — dieser als Vorstandsmächtiger der Unternehmer — andererseits, in Aussig tagte, bauen hier beide Teile in den grundlegenden Punkten auf die seitens der Unternehmer gemachten Zugeständnisse geziert.

Zu Konsequenz dessen empfiehlt das Streikkomitee nach gewissenhafter Prüfung aller Umstände den Belegschaften in den Revierbergwerken Komotau, Brüx und Teplitz, eingedenkt des Erziechens, Solidarität und Disziplin zu mahnen und Sonntag frisch, das ist am 4. April, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Diejenigen Forderungen, die derzeit unerfüllt geblieben sind, werden in allerdrücklicher Zeit, insbesondere über die Frage des Minimallohnes, in der vom Parlament beschlossenen Enquête behandelt werden müssen.

In Erwagung aller dieser Umstände empfiehlt das Streikkomitee die Teilung der Unternehmer gemachten Zugeständnisse den Bergarbeitern zur Annahme. Sektionschef Homann gab dem Streikkomitee die verbündete Erfahrung, daß er interneueren wird, da mit wegen dieses Streiks niemand aus der Arbeit entlassen wird.

Die erreichten Zugeständnisse werden detailiert auf jeder einzelnen Grube publiziert werden. Gleichwohl empfiehlt das Streikkomitee den Bergarbeitern, die Zugeständnisse sich durch den sofortigen Weitritt zu einer Gewerkschaftsorganisation zu sichern.

Aus dem Brüder Revier liegt ebenfalls die Nachricht vor, daß sich die Arbeiter mit den Zugeständnissen der Unternehmer einverstanden erklärt und am 4. April die Arbeit wieder aufnehmen.

Im Schwäbischen Revier (Ostböhmen) haben die Bergarbeiter Forderungen eingerichtet und um Beurteilung bis 9. April ersucht. Die Forderungen erstrecken sich auf achtständige Schichtzeit und Erhöhung des Minimallohnes für Förderleute auf 3—4,50 Kronen.

Die vorsätzlichen Regierungsgänge werden wohl in Wadern kommen bei der Nachricht, daß der Vertreter der k. k. Regierung Österreich nach Aurn gegangen ist und dort im Gebäude der Bergarbeiterorganisation mit den Bergarbeiterführern an einem Tisch gesessen hat. Ein wildes Land, dieses Österreich, fast so schlimm wie England!

Der Streit in Großbritannien.

London, 5. April 1912.

Wie diese Zeilen erscheinen, wird der gewaltigste Kampf, den je eine Arbeiterschaft geführt, vielleicht beendet sein. Vielleicht! Man muß sich bei einem an Überraschungen so reichen Kampf sehr vorsichtig ausdrücken. Soweit sich aber die Lage überblicken läßt, scheint die Wendigung des Kampfes nahe zu sein. Gestern gab der Vorstand der Föderation das Resultat der Abstimmung bekannt, die vorige Woche beschlossen wurde. Die Abstimmung ergab, daß sich 244 011 gegen die Wiederaufnahme der Arbeit und 201 018 dafür ausgesprochen haben. Für die einzelnen Distrikte laufen die Resultate:

	für	gegen
Worckshire	13 267	43 914
Lancashire und Cheshire	11 324	29 840
Mittelenglische Föderation	18 168	11 278
Schottland	28 188	80 478
Südwales	82 588	81 127
Northumberland	10 674	14 195
Durham	21 515	48 821
Bristol	772	326
Somerset	2 130	1 220
Derbyshire	8 080	13 428
Süd-Derbyshire	1 028	1 000
Leicestershire	1 195	3 104
Nottingham	8 187	8 213
Cumberland	2 950	4 877
Wales	7 446	1 190
Cleveland	4 019	908

Die Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks beträgt also nur 42 008 bei schwacher Beteiligung an der Abstimmung. Bei der Abstimmung über die Frage, ob ein Generalstreik erlaubt werden sollte, stimmten im Januar d. J. 561 722 der Gesamtmitgliedschaft, die etwas über 600 000 beträgt. Die schwache Beteiligung an der letzten Abstimmung dürfte hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß die Abstimmung nicht an Tagen stattfand, an denen die Streikunterstützung ausgezählt werden. Viele der Mitglieder, die weitab von den Gruben wohnen, beteiligten sich daher nicht. Andere enthielten sich der Stimme, weil der Vorstand keine Parole herausgegeben hatte, und andere wiederum erklärten, durch die Abstimmung im Januar hätten sie schon ihren Willen genügend klar zum Ausdruck gebracht, nicht eher wieder die Arbeit aufzunehmen, bis der Minimallohn erreungen sei.

Der Föderationsvorstand sah gestern folgende Resolution: „In Abstimmung, daß in den Stämmen und Säulen der Föderation keine Bestimmung vorhanden ist, die dem Vorstand eine Richtlinie geben könnte in bezug auf die Frage, welche Mehrheit nötig ist, um den Streit fortzuführen, und daß nur die am 21. Dezember 1911 gefasste Resolution, daß eine Zweidrittelmehrheit nötig ist, um einen nationalen Streit zu erklären, eine Richtlinie gibt, beschließen wir, daß dieselbe Mehrheit nötig ist, um den Streit fortzuführen, und in Abstimmung, daß eine Zweidrittelmehrheit für die Fortsetzung des Streiks laut dieser Abstimmung nicht vorhanden ist, raten wir den Mitgliedern, die Arbeit wieder aufzunehmen.“

Damit ist der Kampf aber noch nicht beendet. Die Resolution wird morgen (Samstag) der hier in London tagenden Konferenz der Föderation vorgelegt werden, die zu entscheiden hat, ob der Kampf beendet werden soll oder nicht. Wahrscheinlich ist, daß sich die Konferenz der Ansicht des Vorstandes anschließen wird. Es ist aber keineswegs unmöglich, daß die Konferenz, deren Mitglieder in engerer Führung mit den Massen sind als die Vorstandsmitglieder, die Fortsetzung des Kampfes beschließen werden. Ich glaube, es kann nicht gelehnt werden, daß die überwältigende Mehrheit der Bergarbeiter noch immer für den Streit ist. Viele Laufende haben gegen die Fortsetzung gestimmt aus Loyalität gegen die angefeindeten Führer der Bergarbeiterföderation, die mit wenigen Ausnahmen zur Wiederaufnahme der Arbeit geraten haben.

Auf alle Fälle muß man die Abstimmung als ein Urteil darüber betrachten, daß die britischen Bergarbeiter nicht gesonnen sind, sich mit einem papiernen Minimallohn abfinden zu lassen. Wenn die Arbeitgeber die Forderungen der Arbeiter in den Distriktsämtern nicht in der Hauptstätte bewilligen, können sie sich auf einen Kampf gefaßt machen. In einigen Revieren hat man sich schon über den Vorständen des Distriktsamtes geeinigt. Sehr bezeichnend ist das Auftreten der Unternehmer Lancashires, die letzten Mittwoch einen von der Arbeiterschaft vorgelegten Schiedsrichter (Vorständen) akzeptierten. Die

stramme Haltung der Bergarbeiter Lancashires, die, obwohl ihre Kassen leer sind, dennoch mit überwältigender Mehrheit für die Fortsetzung des Kampfes bis zur Bezeichnung der Minimalfähigkeit gestimmt haben, hat ihren Eindruck nicht verloren. Die Unternehmer möchten jetzt mit ihnen möglichst schnell ins Verein kommen. J. K.

Die Konferenz der Föderation, welche am 6. April tagte, hat den Abbruch des Streiks mit 440 gegen 123 Stimmen beschlossen.

Missstände auf den Gruben.

Überbergamtbezirk Dortmund.

Beide Dammesbaum I. und Revier VI (Steiger Höning) wurde nach Abschluß des Streiks den Arbeitern in einer Schicht das Gehänge von 2,50 Pf. auf 1,80 Pf. pro Wagen Mühle reduziert. Am Ausbruch (Armenhaus genannt) wurde 16 Pf. vom Bergbau abgezogen. Schleppern wurde der Lohn um 20 Pf. gesenkt, Lebehauer mußten Schlepperarbeiten verrichten. Auf diese Weise soll wohl das gute Einvernehmen gehoben werden? Oder soll das eine Vergeltung dafür sein, daß die Arbeiter gestreikt haben?

Beide General Armenthal I und II. Die Selbstfahrt für die Arbeiter, welche von der sechsten zur dritten Sohle und von dort zu Tage fahren müssen, läßt an Güntlichkeit recht viel zu wünschen übrig. Zunächst ist es nicht möglich, die Arbeiter in der seitgefeierten Zeit von der sechsten nach der dritten Sohle zu fördern. Auf der dritten Sohle ist in der Regel schon die Selbstfahrt bereit, bevor die Leute von der sechsten Sohle alle dort sind. Dann müssen die Betriebsenden warten, bis der Korb zur Höhenvordringung fertig gemacht ist. Hierauf werden einige Wagen aufgeschlagen und auf die übrigen Sägen die Leute gestellt und heraus geht es ohne Türen zu Tage. Was sagt dazu die Verhöre? Glaubt man, daß es und ein Vergnügen macht, immer auf��artige Überbelastungen hinzuweisen zu müssen?

Beide Graf Moltke III und IV. Naum ist der Streit beendet, nimmt der Betriebsführer Henne auch wieder seine Agitation gegen den Verband auf. Er erwies sich dabei als ein eifriger Verfechter des "Vergräppen"; alles was im "Vergräppen" gestanden, weiß Herr Henne und sucht es gegen den Verband und seine Führer auszunutzen. Dabei versteigt er sich zu Ausdrücken wie: "Die Führer und Gehör von Verbänden sollten vor den Bauch getreten und aufgehängt werden." Was würde der Mann nun sagen, wenn wir den Spieß umkehrten und aussortieren? Der Betriebsführer Henne sollte vor den Bauch getreten und aufgehängt werden? Wie würde er nach Polizei und Staatsanwalt schreien? Sind die Verbandsführer etwa vogelfrei? Die Sicherheitsmänner hat Herr Henne in andere Städte und schlechtere Arbeiten verlegt. Auch seinem ganzen Aufstellen war von dem Manne auch nicht mehr zu erwarten. Auch beim Abschluß der Grube lernen die Arbeiter die Führer kennen und diese Radikalpolitik gegen Führer Henne zur Anwendung brachten? Was würde Herr Henne dazu sagen? Neugierig verfolgt der Herr völlig die Erstellung der Arbeiter, er erblickt in ihnen nur Untergang. Das ist falsch. Die Arbeiter verlangen die Freiheit nur ihre Freiheit und können dafür angemessene Bezahlung verlangen. Erhalten sie diese nicht, ist das eine Verantwortung, die genau so zu bewerten ist, wie jede Verantwortung auch im sozialen Leben. Wenn Herr Henne das nicht reicht, ist das zu bedauern. Hoffentlich beherrschet er diese wenigen Hinweise damit wir uns nicht wieder mit ihm zu beschäftigen brauchen. Ein Vergnügen ist das weder für uns, noch für die Arbeiter.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Nippe.

Grube Bergmannsgegen bei Lehrte. Es ist noch nicht lange her, wo hier unter der Aufsicht eines Steiger stehengebliebenen Schüsse von neuem gesalden, der Dynamit mit einem eisernen Stampfer ins Bohrloch gesetzten und dadurch eine Explosion herbeigeschürt wurde, wodurch einige Menschen getötet wurden. Gest hat sich schon wieder ein Unglücksfall ereignet, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Darüber wird uns berichtet: Wir sind mit dem Ausmauerer unseres Schachtes beschäftigt. Die Antreiberei kennt hier keine Grenzen mehr, an Sicherheitsvorkehrungen wird überhaupt nicht mehr gedacht. So treiben die Steiger die Drittführer, diese uns (die Arbeiter), daß wir gar keine Zeit haben, auf die Lebensgefahren zu achten. So haben wir beim Schichtwechsel 84 Kübel Baumaterialien in den Schacht geschafft, die Wechselseitlich nach uns sollte schon 100 Kübel heruntergeschaffen. Bei dieser Wühlerei wird auf die Maschinisten und Kinschläger eingewirkt, daß diese nicht in der Lage sind, die Maschinisten richtig im Auge zu behalten. Trotzdem die Maschinisten mit Wollkampf fahren, werden diese unausgesetzt durch das Sprachrohr angeschrien, schneller zu fahren, und war diese Maschine die Ursache des Unglücks in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag (30.—31. März), wo der Bergmann Böhlmann getötet wurde. In der freiglichen Nacht wurde mit einer solchen Geschwindigkeit gefahren, daß der Maschinist die Führung über die Maschine verlor und infolgedessen den unter beschäftigten Wollkampf verlor. Etwas der Maschinist Gegenkampf gab, konnte er die Maschine nicht zum Stillstand bringen, die nicht genügend Raum vorhatten war. Letzteres soll auf das Fechten eines Kessels, der sich in der Natur befand, zurückzuführen sein. Was sagt dazu die Bergbehörde?

Kalifalzbergwerk Garsthall (Lände bei Wiedenbrück). Wie uns mitgeteilt wird, ist man zurzeit mit der Herstellung eines Führungsschüttels im Schacht der Gewerkschaft Garsthall beschäftigt. Da die Herstellung des Führungsschüttels durch Sprengarbeit erfolgt, müssen die Leute beim Abbau der Sprengschüsse nach der Hängeschnüre befördert werden. Das geschieht aber nicht, sondern die Leute sind angewiesen, im gegenüberliegenden angefangenen Hüllel zu hinter einen aufgestauten Salzhauzen zu vertrocknen. Wiederholte sind aber schon Leute durch Sprengschüsse verletzt worden. Auch ist es üblich, bei einem Arbeitsort gleichzeitig besetzte Sprengschüsse nacheinander zur Entladung zu bringen. Wenn z. B. 24 Schüsse stehen, bringt man 8 zur Entladung. Ohne eine Pause abzumachen, stürzen die Arbeiter vor Ort und bringen weitere Schüsse zur Entladung. Wie leicht kann es durch irgend einen Unfall passieren, daß auch die Schüsse, die nicht angezündet wurden, sich entladen und ein Unglück herbeiführen. Kennen denn der Steiger Schröder die Bestimmungen des § 131 der Bergpolizei-Berörbung nicht? Was sagt zu alledem die Bergbehörde?

Alsfeldische Braunkohlenwerke Eggersdorf bei Magdeburg. In dem Bericht in Nr. 11 unserer Zeitung über die Zustände auf diesem Werke ist uns ein Artikel unterlaufen. Liegt Herr Bergrat Führer hat von den Belegschaftsmitgliedern verlangt, sie sollten drei Männer wählen, welche Arbeit leisten, sondern der Berginspektor. Dies zur Steuer der Mehrheit.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Sieben Bergarbeiter verunglückt.

Beim Abteufen des Schachtes in Nansbach (Werra) passierte am 11. März ein schweres Unglück. Der Ausgleichungsring stürzte in die Tiefe und zerstörte einen Anzahl Bergarbeiter die Knöchen. Drei von den Verletzten mußten sofort zum Krankenhaus geschafft werden und wird zum Teil an deren Aufkommen gezwungen. Da Bergarbeiterkreis ist man allgemein der Auffassung, daß dieses Unglück vermieden werden konnte, denn hätte man den Ring der ca. 10 Meter weg, so hätten die verunglückten Arbeiter noch heute ihre heilen Knöchen. Das Unglück passierte dadurch, daß die Blechringe, die zum Befestigen benutzt wurden, nach oben befördert werden sollten. Hierbei stieß der Bergarbeiter unter den Ausgleichungsring, hob ihn aus den Haken und das Unglück war geschehen. Das nicht eine Anzahl Tote auf der Strecke blieben, ist als ein außerordentliches Glück zu bezeichnen. Wir erwarten, daß die Bergbehörde hier das nötige verleiht. Wäre der Ring so befestigt, daß ein Heraufzurütteln unmöglich würde — und das war möglich — so wäre dieses Unglück vermieden. Wir verlangen hier Kompensation. Auch herreichen dies eigentlich Antreibemethoden. So wird u. a. gefordert, daß, wenn die Arbeiter nicht 3 Meter schaffen, statt der sechsdimensionen die achtdimensionale Schichtzeit eingeführt werden soll. Sind 25 Prozent Dividende noch nicht genug? Gleichermaßen wird über die Behandlungswise auf diesem Punkt sehr gestritten. Beim belegen die Arbeiter mit Schimpfwörtern, daß man sich öfters in den Zoologischen Gärten versetze glaubt; alles geht nicht schnell genug.

Saargebiet und Reichslande.

Grube Dechen. Wer nach dem Rückzugsetz des Februarionen Peters aus Neuburg bei Düsseldorf leben kann, mag auf dieser Grube

in Arbeit treten. Das zeigen folgende Werte einer Normalabhaft in der Steigrabstelle L. Es beträgt der Lohn für 24 Schichten auf je 25 Schichten 107,80 Pf.; für einen Dauer auf 24 Schichten 106,80 Pf.; für zwei Dauer auf je 10 Schichten 103,90 Pf.; auf 28 Schichten 103,04 Pf. Die Lehrhauer II. Klasse erhalten zwei Gehälter, die Schleper I. Klasse drei Gehälter weniger. Solche Löhne werden recht oft ausgezahlt. Wie vereinbaren sich solche Löhne mit den Erklärungen, daß das Lohnniveau von 1907 und 1908 erreichtdeg. Überhaupt selbst

Aus dem Lager der Schwarz-Gelben.

Ultramontane Landsturmabschott.

Die ultramontane Streibruchstrategie hat sich im Ruhrgebiet bei allen bedeutenden Bergarbeitern derart abgewirtschaftet, daß die meisten Kreisen im Streibruchgewerbe nicht mehr gefüllt werden können. Daraus wird jetzt der ultramontane Landsturm aus den schwäbischen und rücksichtigen Minen zu diesem Kreis aufgedrängt. In welcher Weise das geschieht, und welche Macht dabei zusammenarbeiten, ergibt sich aus folgendem:

Die ultramontane "Bulldace Zeitung" (Ausgabe vom 29. März 1912) brachte folgendes Inserat:

"Dauernde Beschäftigung gegen hohen Lohn finden Arbeit im Alter von 18—40 Jahren. — Arbeitssuchende erfährt keinen Unterschied beim Bergmann Franz Bischof im Goschhof „Zum deutschen Schuh“ in Hilden. Buttermarkt. In der Zeit vom 28. März bis 2. April von 0—12 Uhr vormittags und von 2—6 Uhr nachmittags."

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in Hilden, wie überhaupt in Hessen, die denkbar schlechtesten, und so glaubte der "Christenführer" Bergmann Franz Bischof aus Bottrop einen guten "Schlagzug" machen zu können. Denjenigen, die sich auf obiges Inserat meldeten, teilte Bischof mit, daß er kein Agent sei, sondern sich nur auf der Durchreise befände. Nach dem Grunde bestagt, warum er denn Arbeiter anwerbe, erklärte Bischof:

"Es sind bis jetzt viele „Miete“ dort in Bottrop gewesen; diese sind aber bei nahe heraus. Die letzten „Miete“ sollen herausgeladen und dafür neue Arbeiter eingestellt werden, die sich aber sehr leicht organisieren müssen. Der Lohn beträgt 5,50 bis 6,00 Pf. Wie an meinen Angaben bestätigt ist, ist der Lohn nun zweifellos, der mag sich an den katholischen Pfarrer Neuhaus in Bonn (Bottrop i. W.) wenden; derselbe wird die nötige Auskunft geben, sowie auch für Vogels und

Bergarbeiter-Zeitung.

„Deutschland“ dem Organ der Gelben Niederschleien. Das die „Deutsche“ den schwarzen Gesinnungsbrüder ebenfalls für seinen Verrat lobte, kann ebensowenig verwundern, wie der Vorbericht, den der berüchtigte „Mannfelder Bergbote“ den „Christen“ präsentierte. Schöne Gedanken sind sich eben immer zugetan und für den ersten Moment möchten die „Gelben“ aufdringlich erstaun sein über den Streitkampf der „Schwarzen“. Bis dahin halten die Gelben die Verachtung der arbeitenden Welt allein zu tragen, jetzt kamen mit einem Schlag tausende von „christlichen“ Bergleuten und hassen ihnen die Worte der Verachtung schleppen. Das konnte die gelben Herren schon mit Freude erfüllen!

Sie hat aber nicht lange gedauert, diese Freude. Sie hat einem anderen Gefäß Wass gemacht, und das ist der Konkurrenzgeist. Das warne doch, daß die ganze Unternehmepresse mit der „Welt“ an der Spitze, den „christlichen“ Streitbrechern sollte, hat die „Gelben“ stuhlgemacht. Sie wollten in den „Christen“ einen Verbündeten um die Gunst des Unternehmers, den ihnen in niedriger Sklavengesinnung noch über ist, und weil die „Gelben“ die ehrlichen sein wollen, die den Werkherren den Spudnapf ausleben dürfen, werden sie jetzt auf die Schwarzen wirklich eifersüchtig. Man kann es ihnen kaum verdenken. Denn wenn sich die „Gelben“ mit den „Christen“ in einen Wettkampf einlassen wollten, wen von beiden am günstigsten an der Arbeiterschaft zu binden versteht, da würden nach ihrer letzten Probe wohl doch die „Christen“ Sieger bleiben. Der giftige Kleid um die Welterschaft im Arbeitervertrag hat bereits zum offenen Kampfe zwischen den beiden Staburrennten geführt. Um „Bergknappen“ und im „Werktuerei“ verschworen sie sich gegenseitig Kopfnüsse, daß es eine Art hat. Lange wird der Krieg ja nicht dauern — das „Kusch dich“ der Werkherren wird dem Geist der beiden Hundegeelen ein baldiges Ende bereiten. Denn im Grunde gehörten sie ja doch zusammen, die Schwarzen und die Gelben. Beide predigen aus gewerkschaftlichem „Grundbuch“ den Streikbruch. Da ist es schon gleich, ob die gelben und schwarzen Streitbrechervereine sich verschmelzen, oder ob sie nebeneinander jeder für sich fortbestehen. Die „Reaktion“ — „Was fällt die Bettung“ — hat den Bunsch gedauert, daß die beiden Streitbrechergruppen ein Wundschlösschen sollen. Eine andere Autorität der Gelben, Generalrat v. Liebert, hält dies dagegen nicht für notwendig. Im „Tag“ bespricht v. Liebert die Notwendigkeit, die Arbeiter der Sozialdemokratie (les: freie Arbeiterbewegung) abwendig zu machen. Er sagt dort ausdrücklich, im ganzen Reiche müsse der Geibel angezeigt werden, um die sozialdemokratischen Arbeiter wieder auf die „christliche, reichstreue, väterliche Seite hinüberzuziehen“. Welches von diesen drei Firmenschildern die Arbeiter wählen wollten, könnte man ihnen selbst überlassen. Herr v. Liebert spricht die Erwartung aus, daß im Mutterreiter die Christlichen durch rege Werbetätigkeit den günstigen Augenblick ausnützen werden.

Der oberste Protektor der Gelben ist also schon ganz zufrieden, wenn die Schwarzen in dem gelben Sumpfe obenaus schwimmen. Er weiß zu genau, daß die Firma „Christlich“ nur auf dem Aushängeschild steht, daß die „Christen“ in Wirklichkeit aber die besten Gelben sind, die er sich nur wünschen kann.

Es hilft euch nichts, ihr schwarzen Kulissenzieher an der „christlichen“ Streitbruchzentrale — von den Gelben kommt ihr nicht mehr los! Die Hemmungen Schiflers im Reichstag um die Abschaffung der Wiedergefundene Freunde sind genau so dummi, wie das Gebläse des „Bergknappen“. Was Gott Mammon zusammengefügt, das soll der Mensch nicht scheiden. Ihr und die Gelben, ihr gehört zusammen. Es verträgt euch wieder und teilt euch brüderlich in die Spudnapfe euer Herren!

Judaslohn.

Ein Streitbrecher ist an sich schon ein wenig geachtetes Subjekt. Die bloße Verhinderung des Streiterfolges für die kämpfenden Kollegen verleiht einen starken Mangel an Klassennoral, besonders wenn der Streitbrecher für seine Tat noch eine besondere Belohnung annimmt. Stein noch so gesierter Moralzuballt vermag solches zu verteidigen.

Es mag wohl das Verhängnis des Kapitalismus sein, daß er zur Ausübung seiner Macht gerade der niedrigsten Unmoral sich bedienen muß. Am Bergarbeiterstreit segte er den ihm treu gebliebenen „Arbeitswilligen“ auch einen Judaslohn aus, indem für die Dauer des Streits 10 Prozent Lohnzulage an die Streitbrecher bewilligt wurden. Es wurde aber gleich hinzugefügt, daß mit dem Abbruch des Kampfes die Zulage wieder wegfallen. Sie kennzeichnete sich also von vornherein als ein Kaufgeld für die Verräte — als echter Judaslohn. Unter den „christlichen“ Arbeitswilligen mag es so manchen Fanatiker geben haben, der nur aus „Disziplin“ gegen seine „Führer“, nicht aber aus Eigennutz zum Streitbrecher wurde. Diesen Leuten war die „Belohnung“ peinlich und wollten sie selbst nicht annehmen. Die „christliche“ Streitbruchleitung hatte jedoch für solche altmodische Empfindungen kein Verständnis, sondern riet jenen Arbeitswilligen, die Zulage anzunehmen. Sie könnten sie ja eventuell an die „christliche“ Vereinstasse abliefern!

Das war eine Hundsgemeinheit, aber nicht die einzige. Es ist bekannt, daß diejenigen „christlichen“ Bergleute, die am Streit teilnahmen, auf Gehöhr ihrer Führer nachstehende Erklärung unterschriften müssten:

„Ich Ende unterzeichnete, erkläre hiermit, daß ich nicht streiken will. Ich kann leider jetzt nicht zur Arbeit kommen, weil die Unzufriedenheit auf den Wegen zu groß ist, daß ich ohne Gefahr für mein Leben und meine Gesundheit den Weg nicht machen kann. Ich erkläre mich bereit, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, sobald die Behörde dafür sorgt, daß ich diese ohne Gefahr wieder aufnehmen kann.“

Der Wind wurde verstanden — die Behörde schickte Militär. Über aus die Werkherren fanden die gewünschte Deutung aus dieser Erklärung heraus. Als nämlich nach der Niederwerfung des Streitenden biesen sich Schiefer als Kontraktbruchstrafe abgehalten wurden, da wurde dieses Maßnahmen als fällige Bezahl. Die Unterzeichner brauchen um nur zu präsentieren, dann bekommen sie die sechs Schichten wieder heraus. Allerdings haben die Brüder noch eine Bedingung dabei zu erfüllen: sie müssen angeben, wo, wann und vor wieviel beläuft worden sind. Damit ist beißen geholfen — den Tätern und den Empfängern dieses neuesten Judaslohn! Dein die Werkherren üben in ihrer bekannten Größe jetzt Rache, sie erstatte gegen sie, der ihnen von den Judassen genügend nachgeholzt wird, Strafanzeige. Daher kommt es, daß jetzt so viele Anklagen gegen Streitende erhoben werden und daß die Beamtenkreise vorzüglich bereit sind, von 2400 Fällen der Strafverfolgung! 1905 haben die „Christen“ auch Streitbrecher gefunden und in berechtigter Erwagung ist ihnen auch manches derbe Wort gegen die Streitbrecher entfallen. Die wenigen Leute, die damals nur dem Streitbrecher entfallen, die zwar kein Verbrecher entstand, gut zuhausen, die Rechtsanwälte, die „christlichen“ Streitbrecher und die „christliche“ Presse!

Schwärmische Romantianen.

Durch die gewöhnliche ultramontane Streitbruchszene wurde den Bergarbeiter der sonst führe Erfolg des Streits vereitelt; auf die gewöhnliche Streitbruchszene ist es auch zurückzuführen, daß die Zechenwirken es waren konnten, den Streitenden den Lohn für 6 Zwischenwirken Kontraktbruch einzubehalten. Nachdem die ultramontane Streitbruchszene des Bergarbeiterverbands dieses schimpfliche Verbot vollbracht, wandten sie sich am 25. März mit folgender Eingabe an den Bergarbeiterverband:

„Die dem Bergarbeiter angehörenden Zechen haben zu versetzen, die anfangs des Streits mehr wie drei Zechen gesetzert und nicht später am Samstag den 18. März, die Arbeit nicht angenommen haben, die Kontraktbruchstrafe einzuhalten, wenn sie die Zechen geleglich das Recht Kontraktbruchigen Arbeit zu die nach Gerecht und Arbeitserhaltung verfallene Strafe einzubehalten.“

Das Verfahren hat jetzt aber doch manche Härten im Gefolge. Unter den Arbeitern, denen die Kontraktbruchstrafe eingehalten wurde, befinden sich auch solche, die nicht streiken wollten und nur aus Furcht vor Übelfallen oder Verführung ihres Eigentums der Arbeit fernbleiben. Das ist zweifellos bei fast allen beteiligten Mitgliedern unseres Gewerbevereins der Fall. Obwohl auch bei vielen Unorganisierten und auch wohl bei manchen Mitgliedern der den Streikbeschlusselfassenden Verbände. Die hier genannten Kreise haben aber nicht verdient durch Einhaltung der Kontraktbruchstrafe gestraft zu werden. Wir richten deshalb das Erleben an den Bergarbeiterverband, den Gewerkevereinsmitgliedern, die nicht freiwillig gestrikert haben, die unbefestigte Kontraktbruchstrafe wieder zurückzuzahlen. Gleichzeitig bitten wir, den in gleicher Lage sich befindenden Unorganisierten und Mitgliedern der anderen Verbände das gleiche Entgegenkommen zu erwirken. Dann gestalten wir und noch, darauf aufmerksam zu machen, daß auch die freiwillig streikenden Bergleute zum großen Teile persönlich an dem Kontraktbruch weniger schuld sind. Sie haben sich leider von wenig gewissenhaften Führern falsch auslufen und zum Streik und Kontraktbruch verleitet lassen. Durch den Verlust des Lohnes für die ausgefallenen Schichten sind sie eigentlich mehr wie gering gestraft. Wie gestalten uns deshalb die Witte, auch diesen Leuten die einbehaltene Kontraktbruchstrafe zurückzuerlassen. Das ist auch gewiß deshalb so wünschlich, weil die Familien der Streitenden, die doch gewiß an der ganzen Sache unschuldig sind, unter dem Lohnausfall am schwersten zu leiden haben. Ebenso leiden auch die Geschäftswelt und die beteiligten Gemeinden unzulänglich darunter.“

Dieses schimpfliche Machwerk stellt den Gipfel der Heuchelei und Miederkraut dar. Kein Wort davon, daß die Zechenherren täglich in ungünstigen Fällen auch den christlichen Bergarbeitern die Vertragstreue nicht halten und darum moralisch von den Arbeitern keine Vertragsstreit fordern können. Kein Wort davon, daß den Bergarbeitern der Arbeitswertung von den Zechenherren aufzugeben wurde, daß es eine Spottgeburt eines freien Arbeitsvertrages ist, der den Arbeitern fast gar kein Mitschlüssigkeitsrecht auf die Gestaltung ihres Lohn- und Arbeitsbedingungen gibt. Kein Wort davon, daß 1808 am Riesberg, 1908 im Ruhrgebiet auch die christlichen Bergarbeiter unter „Kontraktbruch“ die Arbeit einstellten und ihnen deshalb der Lohn für sechs Schichten eingehalten wurde. Kein Wort davon, daß der Streikbrucherverein den Arbeitern den eingehaltenen Lohn für die sechs Schichten nicht zurückstellet hat, sondern in flammenden Worten gegen das Vorgehen des Grubenkapitals protestierte.

Wer hat übrigens die Arbeiter am Riesberg, auf der Burbacher Höhe, in Saaralben, Würselen, Wadgassenfelden, Mendeln, Meggen, Dieuze usw. in den Streik gekehrt? Wer trägt die Schuld an den bei diesen Streits vorgenommenen Krawallen und Zusammenstößen? Wer trägt die Schuld an den vielen Gesangs- und Gelbstafeln, welche über die Arbeiter verhangt wurden? Wer hat in Meggen Frauen und Kinder seige vorgeschnitten, um die Arbeitswilligen zu beschimpfen? Wer war zu seige, für dieses schimpfliche Treiben später auch einzustehen?

Und dieses gewissenlose, seige, ultramontane Heuchlerpad besitzt noch allem, was vorgefallen ist, jetzt die Etire, eine derart heuchlerische Gingabe an den Bergarbeiterverband zu richten, nachdem es durch seine verdeckte Streitbruchszene alles, was eingetretene ist, verhindert hat. In der Tat, bei dieser Gippeschafft ist jede Scham zu den Hunden geflossen.

Skandalöser Verrat des Verbandes gegenüber dem polnischen Gewerbeverein u. den polnischen Bergleuten.

Unter dieser Überschrift brachte die ultramontane Presse einen Artikel, wonin die ehrenhütrigen Beweihungen aufgestellt werden, unser Verband habe den am 10. März d. J. von der gemeinsamen Bergkonferenz der drei Bergarbeiterorganisationen beschlossenen Streit nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus parteipolitischen Gründen gemacht und der alte Verband habe durch eigenmächtige und massenhafte Ausgabe von Arbeitskarten hinterlistigerweise den Streit gebracht.

Diese Anschuldigungen entbehren jeder Grundlage. Unter Berufung auf den § 11 des Berggesetzes vom 7. Mai 1874 wurde die ultramontane Presse, welche den Artikel gebracht, um Abbruch folgender Verleumdung erachtet:

„Erstens ist es unvoraubar, daß andere als wirtschaftliche, also die in der Gingabe der drei gemeinsam vorgegangenen Bergarbeiterverbände an die Bergarbeiter angegebenen Gründe, den unterzeichneten Verbandsvorstand zur Einleitung der Lohnbewegung bestimmt haben. Richtig dagegen ist, daß gerade von einem Vertreter des Bergarbeiterverbandes in der seitens des Vorstandes des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins der Bergarbeiter einberufenen Vorstandskonferenz am 10. Oktober 1911 in Oberhausen in Gegenwart von christlichen Gewerbevereinsvertretern beantragt worden ist, weitere Schritte in der einzumüttig als berechtigt anerkannten Lohnbewegung bis nach Abschluß der Reichstagswahlen zu vertagen, damit von früher her bekannten Versuchen, die Lohnbewegung als Wahlpolitische Macht zu verdächtigen, der Boden entzogen werde. Richtig ist, daß diesem Antrag entsprochen wurde und daß in seinem Stadium der Lohnbewegung unerreichbar auch nur der Versuch gemacht worden ist, sie aus ihrer wirtschaftlichen in eine partipolitische Bahn zu lenken.“

Zweitens ist es unvoraubar, daß ohne Wissen der anderen beteiligten Bergarbeiterorganisationen unscrerfeits „Arbeitskarten“ an Streiken ausgegeben wurden. Richtig ist, daß gegen in der gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung in Herne am 10. März der zweite Verbandsvorstandsherr Husmann, nachdem der Streit im Beisein der Konferenzteilnehmer beschlossen war, unter anderen Anweisungen für die örtlichen Streikbüros auch erläuterte, daß auf Grund unseres bereits seit 1905 bestehenden Streikreglements (Teil 87 des alten, Seite 81 unserer neuen Instruktion zum Streikreglement) an bestimmte, aber nur solche Kameraden (z. B. gebrechliche Invaliden), deren Weiterarbeiten ein Erfolg des Kampfes nicht in Frage stellt, „Arbeitskarten“ verabfolgt werden können. Richtig ist, daß die Ausgabe solcher Arbeitskarten ein von den Gewerkschaften seit vielen Jahren geübter Brauch ist und daß auch der Bergarbeiterverband seit 1905 bei den verschiedenen Grubenarbeiterstreiks nach der diesbezüglichen Bestimmung seiner allen Funktionären ausgehandlten Instruktion zum Streikreglement gehandelt hat.

Drittens ist es unvoraubar, daß verbandsseitig massenhafte Arbeitskarten ausgestellt wurden. Richtig ist dagegen, daß bei einer Zahl von über 200 000 Streitenden verbandsseitig nicht einmal 100 Arbeitskarten verausgabt wurden! Richtig ist, daß diese Karten sogleich am ersten und zweiten Streiktag ausgefertigt sind und darum die Behauptung, sie seien zum Zwecke des hinterlistigen Streikbruchs für den kritischen Sonnabend ausgegeben, unwahr ist. Richtig ist also und jedem gewerkschaftlichen Praktiker einleuchtend, daß die Ausgabe dieser so wenigen Zahl von Arbeitskarten, deren Gebrauch aus den dargelegten Gründen keiner an dem Streit beteiligten Organisation unbefriedigt sein konnte, auf den Ausgang des Streits keinen ungünstigen Einfluß ausgeübt hat.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.“

Die in vorstehender Berichtigung bestrittenen ehrenhütrigen Behauptungen wurden auch von einem Teil der polnischen Presse aufgestellt. Diejenigen, welche die ehrenhütrigen Beschuldigungen in die Welt setzten, werden an Gerichtsstelle dafür einzustehen haben. Gegen die hauptsächlich in Frage kommenden ultramontanen und polnischen Blätter wird der Klagesweg beschritten.

Sozialdemokratische Noways im Wurmrevier.

Unter diesem Titel bringt der „Bergknapp“ (Nr. 14 vom 6. April) einen Bericht, wonach die „Christen“ in einer Versammlung in Alsdorf aus schlimmste von den „Gelben“ terroristiert und nach der Versammlung drohten mit dem Revolver bedroht, einer sogar in den Kopf geschossen wurde. Derselbe Schuß wurde auch in einem von dem „Christenführer“ durch herausgegebenen anonymen Flugblatt aufgeführt. Selbstverständlich ist hier wie auch in allen anderen Fällen das Gerücht von dem wahre, die „Christen“ behaupten.

Am 22. März hatte der „christliche“ Gewerbeverein in Alsdorf für die Anna- und Wilhelmshütte eine Belegschaftsversammlung einberufen. Die Ausschusmitglieder sollten Bericht erstatten über die Verhandlungen mit den Betriebsverwaltungen über die Lohnfrage. Den Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes war zugesichert worden, daß

sie das Wort bekommen würden. Mehrmals hatten sich Belegschaftsmitglieder zum Wort gemeldet, keiner wurde das Wort erlaubt. Die Vorführer des „christlichen“ Gewerbevereins, Effer und Harsch, sorgten sich, einen schläglichen Bergmann reden zu lassen. Desto besser schimpften sie auf den Bergarbeiterverband und logen dabei, daß sich die Wallen liegen mühten. Dann brachten die „Christenführer“ eine Resolution zur Abstimmung, ohne dazu die Kameraden sprechen zu lassen. Das die Versammlungseinzelner eine solche brutale Behandlung nicht unwiderrührlich hinnahmen.

Nachdem die „Christenführer“ aus Alsdorf heraus waren, war alles ruhig. Die Versammlungsbeteiliger waren nach Hause gegangen. Nur einige mar es zu früh, darunter dem „christlichen“ Kassierer Haaten aus Alsdorf. Haaten hatte schon vorher seinem Kameraden gegenüber erklärt, daß heute seine Kaffeepause noch in Tätigkeit komme. Längere Zeit nachher traf ein 18jähriger Junge mit seinem Vater aus Alsdorf zusammen. Dieser Junge will die Tochter des Haaten pausieren. Haaten will dieses Liebesverhältnis verhindern. Das schlägt auf Haaten ein. Die Schläge, die der Vater ausstieß, verrichten eine gewisse Demütigung. Diese Demütigung und die Tracht Prügel brachten den Vater in Erregung, er nahm von einem neben ihm liegenden Kollegen eine Schußwaffe und jagte dem „Schwiegervater“ eine Kugel in den Kopf.

Diese Tat ist entweder zu verurteilen. Wenn Haaten den Vater anständig zur Rechenschaft zu ziehen und frug ihn, was er

gesagt, so hätte auf alle Fälle die Schießerei nicht stattgefunden. Diese Schießerei wird von den „Christenführern“ dazu benutzt, um ihren Verrat an den Bergarbeitern abzulenken. Sie schreibt in allen Fällen hin, daß der Bergarbeiterverband schuld daran sei, daß in Alsdorf ein Junge auf seinen Schwiegervater geschossen habe. Dabei steht fest, daß der Vater, der geschossen hat, und auch sein Kollege, der mit ihm verhaftet wurde, dem Bergarbeiterverband und auch der sozialdemokratischen Partei niemals angehört haben und diesen Organisationen vollständig fernstehen.

Schwarzgelbe Arbeitsfreundschaft.

Das christlich-soziale „Volk“ (Parteizeitung des Herrn Nehren) in Siegen, schreibt in „Vierteljahr“ seiner Nr. vom 26. März 1912:

„Z. B. in V. Sie meinen, die Bekleidung Arbeitswilliger müßte an einer Strafmaut gesetzt werden und ohne Nutzen der Beleidigten von der Staatsanwaltschaft strafrechtlich verfolgt werden. Unseres Wissens wird in besonderen Fällen schon jetzt öffentlich Anklage erhoben, wenn ein Arbeitswilliger durch beledigende Arbeitsarten belästigt wird. Die harren, aber gerechten Strafen, die jetzt im Außereure wegen Störung der öffentlichen Ordnung und wegen Misshandlung beginnen. Bekleidung von Arbeitswilligen verhängt werden, dürfen für die Zukunft abschreckend wirken.“

Die Scham hat bei diesen „Christen“ keine Stätte mehr, sie ist längst zu den Hunden geflossen. Die Ausübung moralischen Zwanges auf Arbeitswillige dadurch, daß ihnen die Streitenden augenfällig zeigen, wie wenig ein Arbeitswilliger Anspruch auf Richtung anständiger Arbeit hat, ist nicht nur durchaus zulässig, sondern notwendig. Dieser Meinung sind nicht nur freie Gewerkschafter, sondern alle einsichtigen bürgerlichen Sozialpolitiker; letztere Einsicht waren sonst „christliche“ Gewerkschafter. Wirkliche Ausführungen bei Streiks werden bevorzugt von freien Gewerkschaften wie von „christlichen“ Organisationen geleistet; daß sie aber nicht immer zu verhindern sind, zeigen Zugänge von „christlichen“ Streiks. Sind über die strengerlich hohen Strafen im Ruhrgebiete zu freuen, ist eine Leistung, auf die sich die „christlichen“ Leute im „Volk“ sicherlich nichts einbilden können. Man denkt: Eine Bergarbeiterfrau ruft aus ihrem Fenster den Arbeitswilligen: „Streikbrecher“ zu. Sie wird dafür bestraft; nicht etwa mit 10 oder 20 Pf. Geldstrafe, sondern mit einem Monate Gefängnis!

Ein Produkt M.-Gladbacher Erziehung.

Der Vertrauensmann des Streikbruchgewerbevereins und Vize des „Bergknappen“ Wid in Freiburg im Breisgau hat einem Verbandsmitglied in dessen Abwesenheit zwei Marlen à 40 Pf. in die Mitgliedskarte gefüllt und dafür von der Abteilungsfrau widerrechtlich 80 Pf. einflansiert. Wid hat dabei die Unwissenheit der Frau um ihres Mannes Mitgliedschaft mißbraucht, die in dem Gladbacher war, er sei zum Alters der Marlen und zur Einfassung der Beiträge berechtigt. Als unser Mitglied dann mit seiner Karte zum Streikbüro kam, wurde der Beitrag entdeckt. Wid wußte, daß er keine Marlen des Gewerbevereins in einer Verbandsmitgliedskarte stecken durfte. Zur Rede gestellt, gab er das auch zu, bemerkte aber, er habe unserem Mitglied zweimal den „Bergknappen“ gebracht und sich darum für berechtigt gehalten, der ungewissen Frau die 80 Pf. Beitrag abzunehmen. Selbstverständlich wird Wid mit dieser überfauln Ausrede nicht durchkommen. Wid hat sich die 80 Pf. widerrechtlich angeeignet, über diese Tatsache hiefen alle M.-Gladbacher Auslegungsfähigkeit nicht hinweg. Dieser Fall zeigt aber, bis zu welchem Grade der moralischen Verwilderung es die M.-Gladbacher Erziehung schon gebracht hat.

Besonders schlimm hat es aber die ultramontane Zentrumsprese getrieben, die fortgesetzt nach Polizei und Militär gegen friedliche Arbeiter schreit. Die „Essener Volkszeitung“ schreibt hierzu in den Vogel ab. Dieses Blatt gab sogar Extrablätter heraus, worin wider besseres Wissen behauptet wurde, die Verbandsmitglieder hätten die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Alles das geht doch nur, um Verwirrung und Wankelmutter in die Reihen der Streikenden zu bringen und den Erfolg des Kampfes zu vereiteln. Was in den Tagen des Kampfes von dieser Presse gegen die Streikenden zusammengebracht wurde, geht auf eine Kuh haut.

Die gewaltigen Prezemente von 110 bis 120 Zeilungen standen nur fünf Organe gegenüber, die sich entschieden auf die Seite der Streikenden stellten. Es sind das für die Kreise

nicht gewachsen. Darauf gelang es, Verwirrung und Wandel in die Reihen der Streitenden hineinzutragen.

Wenn den kämpfenden Vergarbeitern der Erfolg diesmal verfehlt wurde, trägt daran die arbeiterseitliche, vor allen Dingen aber die Zentrumspreise die Hauptschuld. Diese Presse hat sich als eine giftgeschwollene Natter erwiesen, die die Vergarbeiter zudem noch großgeogen haben. Ihr gilt es, den Kopf zu zerreißen, um sich vor ihren giftigen Bissen zu schützen. Die Parole muss darum lauten: Hinaus aus den Wohnungen der Vergarbeiter mit der Presse, die uns in den Rücken füllt! Jeder Vergarbeiter darf nur die Presse unterläufen, die während des Kampfes treu zu uns gestanden, sich als wahrer Freund erweisen hat.

Sicherheitsmännerwahl.

Aus Anlass des Streits sind viele Sicherheitsmänner aus den Betriebsräten gestrichen, andere sind entlassen worden, noch andere wurden verlegt, so daß sie ihres Amtes verlustig gingen. Das sind verständlich reine Willkür, woran aber vorläufig wenig zu tun ist. Auf einer Anzahl Reichen, wo die Verhandlungen weniger sind und das Anhören eines solchen Gesetzes eingeschlossen sind, sind die Sicherheitsmänner jedoch im Amt geblieben.

Auf den meisten Gruben ist nun Neuwahl der Sicherheitsmänner nicht erforderlich. Die Neuwahlen finden im Laufe des Monats April statt. Einige Reichen haben die Neuwahlen auf den 16., 17. oder 18. April festgesetzt. Nach einer Pressenotiz sollen die Neuwahlen allgemein bis Ende April gefüllt sein.

Es gilt nun, alle Vorbereitungen zu treffen, daß die Wahlen für den Verbund gut ausfallen. Vielfach ist irrtümlich die Meinung verbreitet, daß diejenigen, die gestrichen haben, nicht wahlberechtigt seien. Der Streit gilt nicht als Unterbrechung der Arbeit. Wahlberechtigt sind alle 21 Jahre alten Arbeiter, welche seit Eröffnung des Betriebes oder mindestens ein Jahr ununterbrochen auf dem Bergwerk gearbeitet haben; auch diejenigen, die gestrichen haben, sind wahlberechtigt.

Auch sie die Sicherheitsmännerkandidaten gilt der Streit nicht als Unterbrechung der Arbeit. Wer 20 Jahre alt ist, entweder seit Eröffnung des Betriebes oder ein Jahr ununterbrochen auf demselben Bergwerk gearbeitet hat, mindestens zwei Jahre auf gleichartigen Bergwerken desselben Bezirks unter Tage tätig und fünf Jahre Hauer war, kann zum Sicherheitsmann gewählt werden.

Grob wie die Wahl durch Anschlag auf der Bühne bekannt gegeben wird, ist es notwendig, daß vornehmlich die Kameraden, die gestrichen haben, sich überzeugen, ob sie auch in die Wählerliste einsteigen sind. Auch müssen sofort überall Standorten aufgestellt werden. Kurzum, es sind alle Vorbereitungen zu treffen, daß die Wahl mit einem Erfolg für den Verbund endet.

Die Kameraden, die im Kampf zusammengestanden haben, müssen auch als Sieger aus dieser Wahl hervorgehen. Unter keinen Umständen dürfen Streitbrecher zu Sicherheitsmännern gewählt werden. Sie haben im schweren Kampf der Vergarbeiter die Freude gebrochen, zu den Unternehmern gestanden und würden das auch nur als Sicherheitsmänner.

Darum vorwärts, Kameraden, alle Vorbereitungen müssen getroffen werden zum Sieg der Verbundskandidaten.

Eine Verdächtigung gegen Ludwig Schröder.

macht ihren Weg durch die Zentrumspreise. Ein Arbeiter Löhe aus Hallingen, der bei den letzten Reichstagssitzungen auf den Räumen eines Abwanderhauses gewählt hatte, wurde am 2. April von der Essener Strafanstalt zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Zentrumspreise berichtete:

„Ein als Junge vernommener Polizeibeamter bekundete, er habe die Namen von dreien der angeblichen Auftraggeber des Vorwurfs ermittelt, darunter sei auch der ehemalige Kaiserdeputierte Schröder, der heute beim alten Bergarbeiterverband beschäftigt ist. Für die Ermittlungen hatte der Staatsanwalt ein großes Interesse.“

Der Polizeideputierte hat nur über angebliche Auftraggeber ausgesagt. Der Vorwurf selbst hat vor Gericht ausgesagt, daß er diejenigen, die ihn zu dem Betrug verleiteten, nicht kennt. Kamerad Schröder gehört aber nicht zu diesen „Auftraggebern“. Er hat, weil kan, sich um Wahlarbeiten nicht kümmern können, hat am Wahltag lediglich gewählt und sich dann wieder nach Hause begeben.

Wo also die Verdächtigung gegen Schröder auftritt, ist energetische Zurückweisung geboten.

Vorsicht — Werbeagenten!

Nachdem der Streit der Vergarbeiter im Ruhrgebiet beendet ist, kommen auch schon wieder aus allen Teilen Deutschlands Nachrichten, daß Agenten zum Anwerben von Arbeitern für den Ruhrbergbau tätig sind. Es kann nicht ernsthaft genug vor diesen Agenten gewarnt werden. Wie Versprechungen, die sie machen, werden nicht gehalten. Wenn Arbeiter, die den Aufrufen der Agenten gefolgt sind, auf Einhaltung der gemachten Versprechungen bestehen, dann wird ihnen von den Grubenverwaltungen erklärt: „Was der Agent versprochen hat, geht uns nichts an.“ Über ganz abgesehen davon. Es sind nach über 100 Bergarbeiter vom Streit her ausgescheppt. Diese Leute sind bereit zu arbeiten, nur sollen sie ausgescheppt werden, weil sie im Vordergriffen des Kampfes gestanden haben. Solange diese Leute — erprobte Bergarbeiter — nicht eingestellt werden, sollte kein ehrlicher Arbeiter den Aufrufen eines Werbeagenten folgen und ins Ruhrgebiet kommen. Zugang nach dem Ruhrgebiet ist strengstens fernzuhalten.

Ein Jurist über die Streitjustiz.

In einer Versammlung in Essen im Nordparksaal am 31. März nahm in der Diskussion der Rechtsanwalt Dr. Leyh-Essen das Wort, um sich zu dem vom Referenten Dr. Breitscheid-Berlin angeschulten Thema über die Streitjustiz zu äußern. Die Ausführungen dieses Bürgerlichen Rechtsanwalts sind von so allgemeiner Wichtigkeit, daß sie allseitig Beachtung verdienen. Herr Dr. Leyh führte laut Essener „Arbeiter-Zeitung“ folgendes aus:

„Was man mit der jüngsten beschleunigten scharfen Streitjustiz eigentlich will, ist unschwer, da der Streit selbst doch vorüber und alles wieder zur Ruhe gekommen ist. Will man aber wieder eine verstärkte Unruhe herbeiführen, dann läßt es sich nicht besser machen, als durch diese Streitjustiz. Erst ging an der Essener Strafanstalt alles ruhig seinen normalen Gang, dann kam ein Erlass von oben, daß es schneller gehen müsse, und dann ging alles in beschleunigtem Tempo. In Essen sind bereits 500 Streitsachen anhängig gemacht, und es kommen noch immer neue dazu. Ich finde es bedauerlich, daß sich die Gerichte dem Drängen von oben gefügt haben. Das Tempo geht schon so beschleunigt, daß den Angeklagten, die vielfach aus der Untersuchungshaft vorgeführt werden, heutz die Anklageschrift ausgestellt wird, und morgen oder übermorgen findet schon der Verhandlung statt. In Essen hielt man früher die Strafanstalt für objektiv, jetzt gewinnt es aber den Anschein, daß dies nicht mehr der Fall ist. Nun den Alten sind immer die Antworten auf die Frage, ob der Angeklagte am Streit beteiligt war, unterstrichen. Ebenso die Antwort auf die Frage, ob der Angeklagte organisiert sei. Das gibt zu denken. Wir haben doch ein Koalitions- und Streitrecht. Sollen diese Dinge nun trocken als Strafshwerpunkt in Betracht gezogen werden? Die Arbeiter machen doch nicht allein vom Koalitionsrecht Gebrauch. Die Rechtsanwälte, Berge und andere akademische Berufe nutzen es auch aus, und in ihren Kreisen gilt derjenige nicht als moralisch hochstehend, der seiner Berufsvereinigung die Solidarität bricht. Deshalb soll das bei Arbeitern anders gewertet werden.“

Wie leicht Strafanzeigen fertig sind, das beweist als Beispiel ein Fall. Ein Streitbrecher wird von Kindern angepakt, er haut den nächsten, der ihm nichts getan hat, zu Boden. Ein Streitender hält den Schläger fest, um ihn der Polizei zu übergeben. Ein Polizist kommt hing und verhant den Streitenden, der den Schläger festhielt. Obendrein kommt der Streitende noch auf die Anklagebank!

Auf jeden gerecht denkenden Menschen macht die Streitjustiz den Einbruch der Klassenjustiz. Wir müssen Gerechtigkeit für alle Stände fordern. Das Denunziatentum treibt die tollsten Sünden. Eine Schwägerin hat ihren Schwager, mit dem sie in Familienstreitigkeiten liegt, der Streitjustiz ans Meister gesichert. Dabei entsprechen die Angaben nicht einmal der Wahrheit. Der weiße Schrein wird das Gegenteil von dem erreichen, was er strebt wird. Es gilt Aufklärung

über diese Dinge in alle Bevölkerungskreise hineinzutragen, auch in die weitesten Kreise des Bürgertums.“

Die Versammlung spendete dem manhaftesten Ausstreiten des Herrn Dr. Leyh ungetilten Beifall.

Überbergamtbezirk Bonn.

Menschenhändler im Bahn-Tief-Distrikt.
Menschenhändler treiben auch hier ihr Unwesen. Jahrzehnt hat der Osten dazu gebeten, um den Ausdeutern im Ruhrrevier neue Arbeitskräfte zu stellen. Und nun wenden sich die Agenten, da man ihren Anlagen in Osten nicht mehr traut, nach dem liegenden Revier. Das Zentralsorgorgan „Die Bergkämpfer“ brachte am 1. April nachstehende Erstzüge:

Tüchtige Hauer und Schlepper gesucht. Reiche Stimme Westfalen. Anmeldungen werden entgegengenommen: 1. Österreiterstag 11—12 Uhr Wirtschaft Hahnen, Wissen. 2. Feierstag 2—4 Uhr Wirtschaft Meyer, Cupel; 7 Uhr Rosenbauer, Selbach. Lohn für Hauer 6—7 Mark, Lohn für Schlepper 4—5 Mark.

Gerade auf den Städteischen Gruben sind die Lohnverhältnisse die denkbare schlechtesten und tödlich, wie das Zentralsorgorgan berichtet. Würden solche Löhne für Hauer im Ruhrrevier gezahlt, dann hätten es die Muhrtumpels nicht nötig gehabt, trotz der Streitbruchparole des Gewerkeverbands in den Streit einzutreten. Auf den Städteischen Gruben verdienten höchstens 12 bis 15 Prozent einen Lohn von 5,50—6 Mark. Alle anderen müssen mit einem Lohn von unter 5 Mark nach Hause gehen. Passen sich darum niemand von den Werbeagenten losen! Auch sind noch eine große Anzahl Bergleute vom Streit her ausgesperrt und laufen arbeitslos von Zeche zu Zeche ab. Opfer der Unternehmerwillkür im Ruhrrevier. Bleibe darum jeder Arbeiter im Bergamt und sorge für Abschaltung des Verbundes. Nur mittels einer starken Organisation schaffen wir die Gewähr für bessere Entlohnung und knappmachende Verhältnisse.

Überbergamtbezirk Breslau.

Oberschlesisches.

Wer durch die Arbeitervertretung der oberschlesischen Industriezone wandert, der lernt begreifen, was Einbildung heißt. Rechts und Links der Straße Häusern, eine so lahm und häblich wie die andere. Alles nackt und öde, kein Gärtchen, kein Blumenbeet erfreut das Auge. In diesen lasten Steinlasten wohnen die Arbeiter — 10, 20, auch 30 Familien in einem Hause. Wohnen? Nein — wohnen kann man das nicht nennen. Das ist ein trostloses Hindewetter, ein langhantes Sterben. Was wohnen heißt, wissen oberschlesische Arbeiter nicht. Aber andere wissen es — Leute, die in der Auswahl ihrer Eltern berücksichtig genug waren und sich eine „bessere“ Familie aussuchten, als die unversichtlichen Arbeiterkinder.

Ein kleines Beispiel dafür, was wohnen heißt, lieferte nachstehende öffentliche Mitteilung der Allgemeinschaft Hohenlohe-Werke. Selbstredend hat hierfür ihren Generaldirektor Frikob entlassen. In der Mitteilung steht es darüber:

„In der heutigen Aussichtsratssitzung ist die Entlassung des Generaldirektors Lob beschlossen worden. Die durch den Aussichtsrat verabschiedete Resolution bat u. a. festgestellt, daß Herr Lob ohne Ernennung des Aussichtsrats bei Aussichtswig und Unterhaltung seiner Dienstwohnung und des Gartens auf Seiten der Gesellschaft einen jedes Monat überschreitenden Aufwand getrieben hat. Die Ausgaben hierfür haben sich auf rund 1200000 Mark belausen. Allein die Unterhaltung des Gartens, zu welcher Herr Lob vertraglich und gesetzlich verpflichtet gewesen wäre, hat unsere Gesellschaft die Summe von 400000 Mark getostet. Hierdurch sowie durch eine Reihe anderer Verstöße ist das Vertrauen zu Herrn Lob derartig erschüttert worden, daß der Aussichtsrat ein bedeckliches Zusammentreffen mit ihm für ausgeschlossen ansahen mußte.“

Neben dem fürsichtlichen Gehalt hat also der eine Beamte noch eine Dienstwohnung, die ihm einen geradezu mahnenden Luxus erlaubte. Denn — das ist doch wahr: Hätte der Mann bei den geschäftlichen Unternehmungen mehr Glück gehabt, kein Hahn hätte über die 1% Millionen Mark geträumt, die er für Wohnung und Garten verpusberte. Da sehen die Arbeiter wieder einmal, wofür sie kaufen und ihre Knochen zu Markte tragen. Was der Generaldirektor nur in den Gärten hineingesetzt hat, das hätte zugereicht, um vielen Hundert Arbeiterfamilien eine befagliche Wohnstätte zu schaffen. Flucht über eine solche Ordnung, die zur Befriedigung des loslichen Luxus überließt; die dem einen Menschen Schloß und Park zur alleinigen Verfügung stand, indem die Kinder jener Arbeiter, die den Reichstum schaffen, in den überfüllten Massenquartieren von der Schindfucht besessen werden.

Saargebiet und Reichslande.

Der blamierte Landtagsabgeordnete Collet.

Unter dem Stichwort „Merlenbach“ weiß die „Volksinger Volksstimme“ in der Nr. 73 vom 27. März folgendes zu berichten:

„In der Presse hieß es verschiedentlich, der Abgeordnete Collet weile im Auftrage des Herrn Bergbauministers Braubach im Kohlengebiet, um für die Beilegung des Streits Sorge zu tragen. Das trifft in dieser Form nicht zu. Wohl hat Herr Braubach mit Herrn Collet über den Streit gesprochen und angekündigt, es wäre ihm lieb, wenn er bald beigelegt würde, aber einen ausdrücklichen Auftrag hat er Herrn Collet nicht erwidert. Wenn Herr Collet unter der richtigen Voraussetzung, daß der Streit bald zusammenbrechen werde, sich bemüht, für die Bergarbeiter herauszuschlagen, was möglich war, und zugleich zu verhindern, daß Arbeiter gemahrgeregt würden, so verdient das als Anerkennung. Es ist ihm zu verdanken, daß die Frist, die für den Verfall der Kontraktbruchstrafe vorgesehen war, von Montag auf Mittwoch verschoben wurde. Hätte nicht die Leitung des Gewerkeverbands christlicher Bergarbeiter im Einvernehmen mit dem Herrn Bürgermeister von Merlenbach in die Verhandlungen eingegriffen, der Streit würde am Dienstag noch nicht beendet worden sein. Jedoch war am andern Tage die Kontraktbruchstrafe fällig, und es wäre auch eine größere Anzahl Arbeiter gemahrgeregt worden. Irgendwelche Angriffe der Sozialdemokraten auf den Abgeordneten Collet sollen nur die Lachfaute verdunkeln, daß durch den Streit nichts erreicht wurde und auch nichts erreicht werden sollte. Der Streit wurde nur zugunsten des Ruhrbergarbeiterstreits ins Werk gesetzt.“

Also, vorbei ist es mit dem Glorienschein, den Zentrums- und bürgerliche Blätter um das Haupt des Herrn Collet, Abgeordneter in Straßburg, woben, als sie während des Streits in Merlenbach schrieben, Herr Collet sei vom Herrn Bergmeister beauftragt worden, zu vermittelnden, nach anderer Quelle sogar vom Ministerium. Nun soll es nur angekündigt werden. Keinen Auftrag hatten Sie also, Herr Collet — und ebenso wenig von der streitenden Belegschaft —, mit der Direktion zu verhandeln. Letzteres wurde Herrn Collet am 18. März im Beisein des soz. Abgeordneten F. M. S. auch in der Belegschaftsversammlung zu Merlenbach klargemacht, als er dort aufgefordert wurde, einmal mit der Partei herzusitzen, was er, ohne von der Belegschaft beauftragt zu sein, mit der Direktion von Saar und Mosel verhandelt habe. Er stotterte dort heraus, daß die Direktion doch dem Zuspruch gezeigt habe in seinem Beisein, daß sie den Durchschnittslohn von 1907 bewillige. Als er sodann gefragt wurde, wie hoch denn dieser damals gewesen sei, wußte er keine Antwort zu geben. Herr Collet mußte sich denn auch sagen lassen, daß, wenn er bei der Direktion gewesen sei, er trock „Intelligenz“, — denn wegen dieser sei er doch jedenfalls Abgeordneter geworden —, nicht so geweckt gewesen sei, als ein Schuljunge, denn ein solcher würde sofort nach der Höhe des Durchschnittslohnes gefragt haben. In dieser Belegschaftsversammlung wurde auch der Arbeitsausschuß beauftragt, die Höhe des Durchschnittslohnes vom 4. Vierteljahr 1907 auf der Direktion festzustellen und zwar ohne Herrn Collet. Zum Angabe

beendet wurde. Wenn noch einige Wochen ins Bankenjahr enden, wird die „Volksinger Volksstimme“ ihren gläubigen Lesern aufzählen, daß der Streit von den Christen geführt und gewonnen worden sei. Die „christliche Zeitung“ in Merlenbach! Zum Gedanken war, anzusehen, wie Paul, Martin und Konstanze wie die kleinen Kinder durch Merlenbach schlügen, da sie nur Verachtung in das Mitleid der Bergarbeiter holen, weil diese Herren — ähnlich wie im Ruhrrevier — die Arbeiter schon am ersten Tage wieder in die Grube legen wollen. Von Glück konnten die Merlenbacher sagen, daß bei ihnen, wie W. Gladbach, kein Hexen macht, sonst hätte der W. Gladbacher Feuerwehrverein auch die daselbst freie Spiel getrieben, wie die „christlichen“ Judas, Marius an der Muhr. Doch um auch in Merlenbach zu verhindern, daß diese Freiheit verhüllt werden, ist es nötig, ihren Eigentümern gut auf die unanweseren Finger zu sehen und bei ihrem W. Gladbacher Eigen kräftig auf Blau zu schlagen.

Sozialdemokratische Emisserie im Saarrevier.

Seit einigen Wochen weiß die gesamte Sozialdemokratie im Saarrevier und der Pfalz angefüllt mit Artikeln, wonach die sozialdemokratische Partei eine große Anzahl Abgeordnete aus dem Ruhrrevier unter die Saarbergleute entzogen habe, um diese heimlich in den Streit der Bergarbeiter einzutreten gegen die heimliche Gewerbeverbandsgruppe des Schwarzen Saarberggewerbevereins zu stützen. Diese Artikel, die in der „Allgemeinen“ und Zentralsorgfestschrift gleichlautend sind, stimmen zweifellos mit der Kommandatur des schwarzen Saarberggewerbevereins, wo nach dem Gründungswahl nun auch noch der Verfolgungswahl seitens Einzug gehalten hat, so daß die armen Streitbruchgenerale am hellen Tage Gewerke scheu und reis für Mangel sind. Die heilige Angst, die Saarbergleute könnten schließlich entgegen dem Willen der Streitbruchleitung die Broden hinwerfen — und was würde dann der Saarrevierleiter Tiefenbach sagen, wenn sie doch verprocen haben nicht zu streiken — hat die armen „Christenköpfe“ gefoltert und die Gewerbeverbandsgruppe abgespalten. Nun die Gefahr vorüber ist, erholt man wenigstens an einem Fall, wo diese „Emisserie“ ihr künstliches Werkzeug getrieben haben. Auf dem Elberfelder hat eine Versammlung stattgefunden, in welcher einige Saarbergleute, die jüngst im Ruhrrevier arbeiteten und während der Dauer des dortigen Streits zu leben und diese „christlichen“ Saarberggewerbeverein an der Muhr zu leben, haben, gegen die Haltung des „christlichen“ Saarberggewerbevereins aufgetreten, sind, haben aber noch betont, daß im Saarrevier die Verhältnisse anders gelagert seien, daß hier der „christliche“ Gewerbeverein an stärkster sei und dem sollten sich die Unorganisierten anschließen! Sozialdemokratische „Emisserie“ werden vom Ruhrrevier gefandt, um die Bergleute an der Saar in einen Streit zu holen, und diese „Emisserie“ fordern die Bergleute auf, sich dem Gewerbeverein anzuschließen! So weit geht schon der Verfolgungswahl dieser armen Streitbruchgenerale, die ihre eigenen Mitglieder als sozialdemokratische „Emisserie“ ansehen, die ihnen in Scharen davonlaufen. Wie der „christliche“ Saarberggewerbeverein an der Saar „marschiert“, dafür einige Gewerbe aus ihren Hauptzuläufen. Es betrifft die Abrechnungen im Januar

	1911	1912
Abreißer I	501,63 M.	324,50 M.
Abreißer II	650,90 "	328,40 "
Ferrensohry	670,80 "	311,—" "
Gutsbez	502,—" "	197,95 "
Neuntreitzen	113,—" "	44,70 "
Saarrerungen	301,70 "	402,—" "
	1910	1912
Abreißer	206,99 M.	187,—" M.
Wüttlingen I	501,45 "	447,63 "
Wüttlingen II	600,00 "	303,55 "
Wülfingscheid	132,40 "	88,49 "
Wittweiler	151,60 "	43,7

